

Hamburger Echo

86

Regierung Schuman zurückgetreten
Radikalsozialist Henri Queuille mit Kabinettsbildung beauftragt.

Paris, 8. September. Die französische Regierung des Ministerpräsidenten Robert Schuman ist am Dienstagabend, 64 Stunden nach ihrer Bildung, zurückgetreten. Die Mitglieder des Kabinetts reichen Staatspräsident Vincent Auriol ihre Rücktrittsesuche ein, nachdem ihnen in der National-

versammlung bei der Abstimmung über eine technische Frage das Mißtrauen ausgesprochen worden war. Gegen die Regierung stimmten die Kommunisten, die Anhänger de Gaulles und die Radikalsozialisten, in deren Partei es zu einer Spaltung kam.

Bei der Abstimmung in der Nationalversammlung, die zum Sturz der Regierung führte, enthielt sich ein Teil der Angehörigen der Regierungsparteien der Stimme, andere stimmten sogar gegen die Regierung, wodurch die Gegenseite so gestärkt wurde, daß keine Mehrheit für die Regierung zu erreichen war. Man schiebt den Sozialisten „Desertation“ in die Schuhe, da sie den von der Regierung bewilligten Bonus für die Arbeiter in Höhe von 2500 Franc zu niedrig fanden.

Mit der Begründung, die Radikalsozialisten hätten die Koalition im Stich gelassen, gab Edouard Herriot seine Absicht bekannt, sein Amt als Vorsitzender der Partei niederzulegen. Nachdem es also zu einer Spaltung der Radikalsozialistischen Partei kam, scheint sich nunmehr auch in der republikanischen Volksbewegung (MRP) eine Spaltung anzubahnen. Die MRP-Fraktion des Rates der Republik nahm eine Resolution an, in der die Auflösung des französischen Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen gefordert wurde. Die MRP-Fraktion der Nationalversammlung dagegen hat eine Gegenresolution angenommen, in der die Handlungsweise der MRP-Abordneten im Rat der Republik scharf verurteilt wird.

Die Kommunisten und Gaullisten erblickten in dem Rücktritt Schumans eine erneute Gelegenheit, an die Regierung zu kommen. Sie forderten die Bildung einer „Regierung der demokratischen Union“ und versicherten, daß sie bereit seien, die ihnen in einer derrahtigen Regierung zufallende Verantwortung zu übernehmen. In einem Manifest an die französischen Arbeiter erklärte die kommunistische Partei Frankreichs, der Grund für die dauernden Regierungskrisen sei in dem Widerstand gegen die Regierungen, zu suchen, die sich für die Interessen des Volkes einsetzten. Die alleinige Rettung sei die Bildung einer „demokratischen Regierung“. Die Stunde der Entscheidung sei nun gekommen.

Nachdem der Präsident der französischen Nationalversammlung, Edouard Herriot, das Angebot Auriols zur Regierungsbildung am Mittwoch abgelehnt hatte, beauftragte der Staatspräsident den wenig bekannten Radikalsozialisten Henry Queuille mit der Bildung des neuen französischen Kabinetts. Queuille war ehemals Vizepräsident der Exilregierung General de Gaulles in Alger.

Er wird erst nach den Verhandlungen mit den Parteivorstizenden am Mittwoch und Donnerstag

Staatspräsident Auriol mitteilen, ob er sich in der Lage glaubt, ein neues Kabinett zu gründen.

Der Ruf nach Auflösung der Nationalversammlung verstärkte sich nach der französischen Regierungskrise in den Pariser Mittwoch-Morgenzeitungen.

Das Organ der Republikanischen Volkspartei „L'Aube“ und der sozialistische „Populaire“ betonen, daß der Sturz der Regierung Schuman der verbündeten Opposition der Kommunisten und Gaullisten zuzuschreiben sei. Der gaullistrentendliche „Le Matin-Le pays“ hält die Auflösung der Nationalversammlung für die einzige Lösung der Krise. Nach Ansicht des Organs der Republikanischen Freiheitspartei „L'Epoque“ bleiben dem Staatspräsidenten und der Nationalversammlung angesichts der Lage nur zwei Möglichkeiten, entweder eine starke Regierung aus Ruder zu bringen, oder eine provisorische Regierung mit der Auflösung der Nationalversammlung und der Durchführung von Neuwahlen zu betrauen. Der unabhängige, linksstehende „Franc-tireur“ fordert im Interesse der Arbeiterklasse die völlige Abkehr von einer Wirtschaftspolitik, für die der Name Reynaud bezeichnend wäre, und stattdessen eine scharf kontrollierte Wirtschaft.

Signatur: *Y. Queuille*
Henri

Datum: 10. Sep. 1948

The Manchester Guardian

№31797

**M. QUEUILLE
ACCEPTS****Premier-Designate****GAULLISTS MAY
ENTER CABINET**

PARIS, SEPTEMBER 9.

M. Henri Queuille, the Radical leader, to-night told the French President, M. Auriol, that he would try to form a Government. He will present himself before the National Assembly to-morrow or on Saturday for investiture.

M. Queuille's acceptance of the President's invitation followed the decision by the Socialists earlier to-night to vote for his investiture as Prime Minister and, it was understood, to take part in the new Cabinet. If the new Premier-designate obtains the necessary constitutional majority for his investiture (at least 311 votes) to-morrow, he may publish his list of Ministers on Saturday. Meanwhile he is attempting to complete his Cabinet list before seeking election as Premier.

He has had difficulty in finding a Finance Minister and it is probable that he will assume responsibility for this office himself, with the help of several Secretaries of State. It was expected that M. Robert Schuman would remain at the Foreign Office and the Socialist, M. Jules Moch, at the Ministry of the Interior.

Earlier pessimism about the prospects of forming an "all-party" Government, excluding the Communists, gave way to greater optimism to-night in Paris political quarters. It was believed that M. Queuille already had not only obtained the agreement of the various Centre groups to vote for him as Premier but had also received in advance their approval of his financial programme and the composition of his Cabinet.

INFLATIONARY TREND

The latest figures published by the Bank of France no doubt persuaded the Socialists to adopt a more conciliatory attitude. These figures showed a strong inflationary trend and heavy borrowing by the Treasury. An unexpected increase in the amount of bills discounted (abnormal at the beginning of the month) led some observers to suppose that the Treasury had been discounting anticipated tax receipts in order to meet current liabilities.

The Socialists' objections to serving in a Cabinet including declared Gaullists were apparently overcome when M. Queuille promised to take into his Government one or two Gaullist sympathisers, but to keep out the declared Gaullists. The Gaullist group had promised to support M. Queuille, provided he undertook to reform the electoral law in preparation for future general elections, and its continued support would no doubt depend on the new Government acting in this way within a reasonable time.

Meanwhile, strikes called by the Communist-led General Confederation of Labour continued in various parts of the country. Strikes lasting for about one hour took place in some coalmines in the North, the departure of several large ships was delayed in Marseilles, about half the workers in the Somme Department responded to a Communist call for a 24-hour protest strike, and a one-hour general strike has been called for to-morrow at Bourges. To-day the persistent refusal of dockers to work overtime was holding up unloading operations in the port of Rouen, and small groups of workers held demonstrations in Paris.

All the strikers are demanding pay increases and the reduction of prices. It is on these financial matters, M. Queuille indicated this morning, that he is anxious above all to reach an agreement with the various parties. "I do not think anything can be achieved by hurrying," he declared. "It is only when we are in agreement on this (the financial question) that we can proceed."—Reuter.

Hamburger Echo

№ 87

Queuille neuer Ministerpräsident

Vertrauen der Nationalversammlung mit 360 gegen 197 Stimmen

Paris, 11. September

Der Radikalsozialist Henri Queuille, der sich bereiterklärte, den Versuch einer neuen Regierungsbildung zu unternehmen, wurde nun am Freitag als Ministerpräsident Frankreichs bestätigt. Die französische Nationalversammlung gab ihm nach bisher inoffiziellen Zählungen mit 360 gegen 197 Stimmen ein ausreichendes Mehrheitsvotum, da nur 311 Stimmen zu seinen Gunsten benötigt wurden.

Vor der französischen Nationalversammlung skizzierte Queuille kurz sein Programm zur Behebung der „finanziellen Krise und des politischen Durcheinanders in Frankreich“, die das Land in einen Abgrund zu stürzen drohten. Er weigerte sich dabei, einer sofortigen allgemeinen Lohnerhöhung zuzustimmen. Eine Erhöhung der Löhne ohne Stabilisierung der Währung müsse zu einer Katastrophe führen, meinte er.

Queuille erinnerte die Versammlung daran, daß Frankreich die augenblicklichen schwierigen Zeiten nur dank der Europahilfe überstehen könne. Diese Hilfe werde aber nicht ewig dauern und das französische Volk müsse daher mehr arbeiten, damit sich das Land aus eigenen Kräften erhalten könne.

Unter Beifall teilte Queuille mit, daß er selbst das „Finanz- und Wirtschaftsministerium“ übernehmen werde.

Zur Frage der vielfach geforderten Neuwahlen und der Abänderung des Wahlsystems äußerte er nur, daß sich die Nationalversammlung damit befassen könne, sobald sich die erhoffte wirtschaftliche Erholung abzeichne.

Kein Kabinett ohne sozialistische Unterstützung

Queuille erklärte seinen Mitarbeitern, er werde kein Kabinett ohne sozialistische Unterstützung bilden. Er bemüht sich in seinen Besprechungen

mit den Parteiführern, „eine Art Vertrag“ zwischen den Koalitionsparteien zustande zu bringen. Die Richtlinien des Finanz- und Wirtschaftsprogramms der Regierung sollen damit festgelegt und eine Niederlage in der Kammer, wie Schuman sie erlitten hat, vermieden werden. Falls er nicht ein derartiges Abkommen zustande bringe, so betonte Queuille, werde er seinen Auftrag dem Staatspräsidenten zurückgeben.

Queuille hat die Unterstützung seiner eigenen Partei, der MRP und der kleineren UDSR. Der sozialistische Fraktionsführer Lussy erklärte: „Die SP wird niemals ihren Beistand verweigern, wenn es sich um die Verteidigung der republikanischen Freiheiten handelt.“ De Menthon erklärte für die Republikanische Volkspartei, daß sie Queuille ebenfalls stützen werde.

Der kommunistische Fraktionsvorsitzende Duclos hatte schon vor Queuilles Wahl erklärt, daß seine Gruppe nicht für die Beauftragung Queuilles stimmen werde, denn die Politik Reynauds werde fortgeführt und damit gegen die Arbeiterklasse regiert werden.

De-Gaulle-Anhänger fordern Neuwahlen

Die Anhänger de Gaulles in der französischen Nationalversammlung unternahmen jede Anstrengung, um die Bildung einer neuen Regierung der Mitte zu verhindern, und forderten am Donnerstag abermals, Neuwahlen so bald wie möglich abzuhalten. Sie verurteilten jede „Verlängerung eines Systems, das durch eine Dauerkrise die Republik und sogar die Existenz Frankreichs gefährde.“

Demgegenüber setzte sich der Kommunistenführer Thorez in Paris für die Teilnahme der Kommunisten an einer Regierung „der wahren Demokratie“ ein. (dpd, up, ap.)

The Manchester Guardian

№ 31799

M. QUEUILLE'S COALITION

Right-Wing Ministers Included: Socialists Keep Key Posts

From our own Correspondent

PARIS, SEPTEMBER 12.

M. Henri Queuille summoned the first Cabinet Council of his Government this afternoon, and will face the Assembly as its head on Tuesday. He has promised that on this occasion he will already have some financial measures to lay before the deputies. The formation of the Cabinet proved more difficult than M. Queuille had expected because it was only at 10 p.m. on Saturday, nearly twenty-four hours after the Assembly had elected him, that M. Queuille was able to complete the list which he had hoped to have in his pocket when he first presented himself to the deputies on Friday afternoon.

The list of Ministers included one big surprise—namely, that the Socialists (in the person of M. Ramadier) had obtained the Ministry of Defence and that M. René Mayer, who had been expected to remain in this office, was not included in the Government. M. Mayer is expected to undertake the mission to the United States which M. Reynaud had proposed to lead in person. Of the three Secretaries of State associated with the Minister of Defence, the one for the Army is again the Socialist M. Max Lejeune; thus the Socialists have ample possibility now to carry out the economies that they have so insistently demanded in military, naval, and air expenditure. The Cabinet list is as follows:—

Prime Minister and Finance Minister	Henri Queuille (Rad.)
Vice-Premier and Justice	André Marie (Rad.)
Foreign Affairs	Robert Schuman (M.R.P.)
Interior	Jules Moch (Soc.)
Defence	Paul Ramadier (Soc.)
Colonies	Paul Coste-Floret (M.R.P.)
Agriculture	Pierre Pflimlin (M.R.P.)
Transport	Christian Pineau (Soc.)
Labour	Daniel Mayer (Soc.)
Merchant Marine	André Colin (M.R.P.)
Health	Pierre Schneider (M.R.P.)
Education	Yvon Delbos (Rad.)
Commerce and Industry	Robert Lacoste (Soc.)
Ex-Servicemen	Robert Betolaud (P.R.L.)
Reconstruction	Claudius Petit (U.D.S.R.)

This list bears several marks of hard negotiation. The detachment, for instance, of the services of the Merchant Marine from the Ministry of Transport, for the benefit of a member of the M.R.P., with the rank of full Minister, has less to do with a sudden awareness of the importance of shipping to France than with the balance of parties inside the Cabinet.

END OF THE "INNER CABINET"

M. Queuille has abandoned M. André Marie's conception of an "Inner Cabinet," which was intended to secure the agreement of all the Coalition parties for the unpopular measures which had to be taken. This arrangement did not secure unity of the Cabinet or of the Coalition. M. Queuille's choice of Secretaries of State to help him in his financial task is, however, almost if not quite as conservative as M. Reynaud's. His own position in the political field, however, is to the left of M. Reynaud's if only because of the more militantly anti-clerical character of his party. Irrelevant as this may seem in France's present crisis this will undoubtedly help the Socialists to defend to their militants their support of M. Queuille.

The Socialists now occupy all the positions through which the Government is likely to come into direct collision with the workers—the Ministries of Labour, of Commerce and Industry (that is, the reorganisation of nationalised undertakings), Transport (railways), of the Interior (police), and even the Ministry of Defence, which, apart from its other functions, is the final guarantor of order, as was shown during the strikes and disorders of last November. On the other hand, the Socialists' influence in industrial policy is balanced to some degree by the presence of a Radical Secretary of State for Industrial Production, assisting M. Lacoste.

FEWER M.R.P. MINISTERS

The M.R.P. has lost some ground in the new Cabinet, since it now holds only one of the five senior Ministries (Foreign Affairs), but it still maintains responsibility for colonial affairs and for agricultural and food policy. M. Bidault and M. Teitgen, who, until the end of July, had been in every post-liberation Cabinet except M. Blum's purely Socialist one, remain absent from M. Queuille's.

The Premier's relations with the Conservatives are indicated by the presence of M. Betolaud among the Ministers, as well as by several names amongst the Secretaries of State. These relations may well prove to be firm. The future of his contacts with the Gaullists is much more obscure. M. Claudius-Petit, of the U.D.S.R., now Minister for the first time, belongs to the group of moderate sympathisers with General de Gaulle led by M. Plevin. He has accepted as providing a basis of co-operation M. Queuille's moderate advance in the matter of elections—that is, his desire not to prevent the county council elections from taking place in the autumn (this matter, however, now lies with the Council of the Republic) and his affirmation that he is in favour of some change in the electoral law.

DE GAULLE'S ATTITUDE

General de Gaulle, on the other hand, who is now touring South-eastern France making speeches, has made it clear that he does not agree with the small group of his friends who follow M. Plevin. Whereas M. Plevin had declared in the debate preceding M. Schuman's fall that it was not the regime that was at fault but a political method, the General has repeatedly and categorically stated that it is the regime that is at fault—the system based on parties "That is, on our divisions." He has, however, been more careful than in the past to indicate that he does not dismiss all those who are working under the present regime as necessarily political enemies, because he has said: "It is not a question of the men in office."

Yesterday the national committee of the C.G.T.F.O. (Force Ouvrière) concluded a two-day conference. The committee passed a resolution declaring that because of the failure to keep down the cost of living it had been necessary to ask for an increase of the monthly minimum wage by 3,000 francs. As a general policy, it demanded a permanent guarantee of a minimum wage, related to the cost of living index, and the return to collective agreements negotiated industry by industry as opposed to the present system of general wage control by the government.

13980 - 0005 000

Hamburgisches
Welt-Wirtsch.-Archiv

Signatur: *Queuille, Louis*

Datum: 14. Sep. 1948

The Manchester Guardian

31800

FRENCH FINANCIAL POLICY

M. Queuille's Difficulties

From our own Correspondent

PARIS, SEPTEMBER 13.

M. Queuille, the French Premier, will not now announce the first financial decisions of the Government until Wednesday, after they have been approved by the Council of Ministers. Since he had originally spoken of an announcement on Tuesday and had been at pains both in his declaration of policy and on other occasions to make it clear that the solutions were necessarily those recommended by previous Governments it looks as if in financial and economic policy as in the forming of the Government the Prime Minister is finding even more difficulties to overcome than he had originally expected.

Die Welt (Hamburg)

Nº 108

Ruhe in Paris

Times - Welt - Dienst

Paris, 13. September

Während Ministerpräsident Queuilles Finanzexperten die „nächste Umdrehung der Schraube“ vorbereiten, die zusätzlich



Henry Queuille, schon 17mal Minister
Foto: Dena

zum laufenden Budget 80 Millionen Francs einbringen soll, herrscht auf der Pariser politischen Bühne Ruhe.

Inzwischen nimmt General de Gaulle den Süden im Sturm. In allen Städten, in denen er sprach, wurde er von riesigen Mengen begrüßt, und die Kommentatoren scheinen übereinzustimmen, daß sich seine Beredsamkeit sehr gebessert hat.

13980 - 0007 000

Hamburgisches
Welt-Wirtsch.-ArchivSignatur: *Grignolle,*Datum: 15. Sep. 1948 *Henri*

The Manchester Guardian

31801-

MAJORITY OF 106 FOR
M. QUEUILLE

Success in Assembly

From our own Correspondent

PARIS, SEPTEMBER 14.

In the National Assembly this afternoon M. Queuille secured the rejection of the Communist demand for an immediate discussion of Government policy by 335 votes to 229. The Moslem deputies were among those who voted against the Government, but this was in protest against M. Queuille's refusal to make an immediate statement on North African affairs and the suppression of the Under Secretariat of State of Moslem Affairs, which had a brief existence in the second Schuman Government.

The occasion was little more than a formality and although it was the first time that M. Queuille had any of his Ministers on the bench beside him few of them were present. This morning and this evening the Cabinet sat again to examine the financial measures which are expected to be announced after to-morrow's Council of Ministers.

The decision of the André Marie Government to raise the price of bread, in accordance with the increase in that of wheat, comes into effect for the Paris area as from to-morrow. The price rises from 24 francs a kilogram, at which it was fixed in September last year, to 35 francs. In 1914 the price of a kilogram of bread in Paris was only 40 centimes. In 1939 it was 3 francs and in May, 1944, it was still only 3 francs 70 centimes, but in October, 1944, it began its climb when it became 4 francs 70 centimes. In September, 1945, it became 7 francs 40 centimes, in September, 1946, 11 francs 40 centimes, and in August, 1947, 19 francs 20 centimes.

The New York Times
Overseas Weekly
Nr. 266 - -

NEW FRENCH PREMIER FACES ECONOMIC CRISIS



Associated Press
Henri Queuille, whose new Cabinet is caught between industrial and political unrest, is shown talking with reporters after a recent governmental meeting.

Signatur: *p) Queuille*

Datum: 20. Sep. 1948

The Manchester Guardian

Nr. 31805 -

VICTORY FOR M. QUEUILLE

Finance Bill

MAJORITY OF 38 IN ASSEMBLY

From our own Correspondent

PARIS, SEPTEMBER 19.

After a sitting lasting about twenty-four hours the National Assembly this morning approved the Government's bill imposing additional taxes amounting to eighty milliards of francs and authorising over thirty milliards of new cuts in expenditure. The Assembly passed the bill by 300 votes to 262. About fifty deputies abstained. The 262 votes against the bill included 181 Communists and about eighty Gaullists and Conservatives, and those who abstained were drawn from the same quarters.

As was to be expected, the Government's majority has dwindled when faced with unpopular measures. Every association that claims to represent the middle classes and the professions had protested against the increased burdens placed on those classes. The law as passed should balance the Budget, though the Treasury will remain with outstanding obligations of about 168 milliards. It is hoped that American consent to the use of the equivalent in francs of Marshall aid will provide 150 milliards for Treasury purposes.

In his speech to the Assembly, M. Queuille, the Prime Minister, declared that if he had begun with the budget deficit and not, as his critics had urged, with the problems of wages and prices, it was because the avoidance of inflation was the first step towards dealing with the problem of prices. He did not intend to make promises to the workers that would be meaningless. He promised stringent measures of compulsion against the meat profiteers.

RETRENCHMENT

Turning to the question of retrenchment, he said that previous Governments had reduced the number of officials by 135,000, representing an economy of 40 milliards. Further economies, both of personnel and of expenditure on materials, were being pushed forward. Those in the fields of reconstruction would affect public buildings, not housing. A decree had been issued ordering a reduction by 10 per cent of the administrative staff of the nationalised *Électricité de France* and by 8 per cent of that of the French Coal Board. Railway rates would have to go up so that the railways would pay their way. (It is significant that there was no talk of big cuts of railways staffs, for the French railways are certainly admirably administered.)

Mr. Queuille sharply retorted to the Communist agricultural expert, M. Waldeck-Rochet, who had asked about the increase of the price of bread, that the latter had himself rightly called for an increase of the price of wheat, to which the new price of bread corresponded. The Prime Minister also pointed out that if the price of meat had risen sharply a number of vegetables were cheaper than last year.

The Council of the Republic has sent back the Bill on departmental elections so amended as not to postpone those which, under previous legislation, fell due in October. If these elections are to be avoided, therefore, the Assembly must again find the majority that originally decided to postpone them. The elections will now be even more unpleasant than before for the main parties of the Government coalition, but it is not certain that the original majority can be found again.

139804 0010 000

Signatur: *L. Giscard*

Datum: *25. Sept. 1948*

The Economist (London)

Nr. 5483

M. Queuille's Balancing Act

M. Queuille's Government hangs by the usual thread of the "vigilant" Socialists' wavering and unhappy support. The organised working class is not pacified by the Premier's plan to save the franc—threatened by a budgetary deficit of 114 billion francs—and all unions, Communist and non-Communist, threaten a token strike against the measures which increase taxation by 80 billion francs and cut Government expenditure by 20 billion before any attempt is made to increase wages. The Socialists are shaken by the massive hostility of the workers, and now that the Assembly, reversing a previous vote, has fixed county council elections for October, they fear that the unpopularity of M. Queuille's financial remedies will be reflected in the ballot and that the Socialists' following will be once again reduced. In these conditions their continuance in the Queuille cabinet can probably only be bought by a really important concession to the workers on the wage issue.

Only one event—a tragic one—has played into the hands of moderate government since M. Queuille became Prime Minister. At the weekend, Communist interruptions to a Gaullist rally in Grenoble led to a violent armed counter-attack, in the course of which two people lost their lives. The Government reacted strongly against what they called the General's "private motorised police" and demanded its dissolution. This reminder of the increasingly violent character of extremist politics in France sobered the Assembly and was sufficient to persuade more than one doubtful deputy that a Third Force government, however vacillating, may be preferable to the strong arm of Right or Left.

Signatur:

Datum: 28. Okt. 1948

Die Welt (Hamb.)

Nr. 127

Queuille -
Herr der Lage

UP. Paris, 27. Oktober

Am 23. Tage des großen französischen Bergarbeiterstreiks forderten die kommunistischen Streikführer dringend die Errichtung einer Eisenbahn- und Seeblockade gegen Kohlenimporte nach Frankreich, um die ins Wanken geratene Front der 300 000 streikenden Bergarbeiter aufrecht-erhalten zu können.

Als die Streitkräfte der Regierung heute ein weiteres halbes Dutzend Kohlengruben in Nord- und Mittelfrankreich widerstandslos besetzten, erklärte ein Regierungssprecher, die Streikwelle, die Frankreich bisher mehr als 3 Mill. t Kohle kostete, zeige die ersten Anzeichen des Rückgangs.

In Lothringen fuhren heute 62 v. H. der Bergarbeiter wieder in die Schächte ein. Aus dem Kohlenrevier von St. Etienne wird Erschöpfung und Mutlosigkeit unter den Bergarbeitern gemeldet.

Zum ersten Male seit mehr als einer Woche liegen heute keine Meldungen über Zusammenstöße zwischen Streikenden und Streitkräften der Regierung vor. In Regierungskreisen ist man der Ansicht, daß die Staatsautorität durch die eingeleitete Großaktion gegen die französischen Bergwerke die Oberhand gewonnen hat. Die Politik der Regierung scheint es zu sein, die Streikwelle an Lustlosigkeit eingehen zu lassen, während sie gleichzeitig ihre Absicht, Kohle zu importieren, in die Tat umsetzt.

Es wird allgemein angenommen, daß die Kommunisten unter den Eisenbahnern nicht genügend Einfluß haben, um die Kohlenimporte ernsthaft zu behindern. Mehrere kommunistische Versuche, das Verkehrssystem des Landes lahmzulegen, verliefen ergebnislos, da die antikommunistischen Elemente bei den Eisenbahnern beträchtlich stärker sind als unter den Bergarbeitern.

Signatur:

Datum: 4. Nov. 1948

Queuille
P Henri

Die Welt (Hamburg)

№ 130

Queuille setzt sich durch

Paris, 4. November

Durchgreifende Maßnahmen gegen den von den Kommunisten geführten Kohlenstreik, der sich nach nunmehr 30 Tagen seinem Ende zuzuneigen scheint, beschloß das französische Kabinett am Mittwoch in einer unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten abgehaltenen vierstündigen Sitzung. Einzelheiten der Gesetzesentwürfe, die am 16. November vor die Nationalversammlung kommen werden, wurden nicht bekanntgegeben.

Nach den schweren Zusammenstößen, die sich gestern zwischen Polizei und Streikenden im nordfranzösischen Kohlengebiet ereignet hatten, brachte Justizminister André Marie neue Gesetzesvorschläge ein, die Sabotage, Demoralisierung der Armee und Beschränkung der Arbeitsfreiheit bei Streiks mit strengen Gefängnis- und Geldstrafen belegen.

Innenminister Moch berichtete dem Kabinett, die Polizei habe am Mittwochvormittag in ganz Frankreich die Säuberung der Bergwerke von Streikposten vollendet.

In Lothringen kehrten die streikenden Bergarbeiter vollzählig an ihre Arbeitsplätze zurück. Von insgesamt 145 000 Bergarbeitern standen am Dienstagmittag 44 624 in ganz Frankreich auf ihrem Arbeitsplatz.

(AP.—UP.)

The Manchester Guardian

Nr. 31875 -

QUICK DECISION ON
FRENCH BUDGET

M. Queuille's Demand

From our Special Correspondent

PARIS, DECEMBER 9.

By requesting the French Assembly to adopt the unfamiliar procedure of voting credits to each Government department as a whole, the Prime Minister, M. Queuille, has given preliminary but convincing proof of his determination to restore financial order at all costs.

This morning the Assembly's Finance Commission gave a cool reception to M. Queuille's request, in spite of his own firmness and the unanimity of his Cabinet. He is reported to be unwilling to continue in office unless the Assembly agrees to accelerate the leisurely procedure of voting credits chapter by chapter, a procedure which prolonged last year's Budget debate until the early summer. The luxury of a protracted and critical debate on every detailed aspect of Government expenditure is something which France can ill afford at the moment. However, few deputies will gladly forego the endless opportunities for raising issues of policy to which they have been accustomed in the Budget debate.

As an indication of his determination, M. Queuille's insistence on what would appear to be no more than a sensible and much needed improvement in procedure seems to be more important at the moment than the actual Budget proposals. Certain financial reforms are to come into force automatically at the end of the year, and the Government hopes to see the whole Budget adopted by the same date, or, at any rate, before the United States Congress debate on Marshall aid in January.

The Budget proposals have not yet been published officially. However, the most reliable recipients of semi-official leakages are unanimous in predicting the replacement of the present complicated income tax scales by two new taxes. Incomes of 50,000 francs and over will be subject to rates of taxation increasing to a flat rate of 18 per cent on all incomes of over 150,000 francs. A new "progressive surtax" will be imposed on all incomes of 120,000 francs and over. The rate of taxation will rise to 50 per cent for all incomes between 2,000,000 and 3,000,000 francs.

M. Queuille can count on the opposition of the Communists, but the parties represented in his Government will almost certainly prove less united in supporting him in the Assembly than their leaders have been in the Cabinet. The urgency of the situation is emphasised by an announcement this evening by the Bank of France, which reports a further increase of 43 milliard francs in the circulation of notes. The Department of the Seine has also announced a deficit of three milliard francs in its departmental budget.

13980 - 0014 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

P. Queuille
Henri
Datum 11. Dez. 1948

Die Welt (Hamburg)

Nr. 144

Queuille beschleunigt Budget

UP. Paris, 10. Dezember

Die Nationalversammlung nahm heute abend ein Gesetz zur Vereinfachung der Abstimmung über das Budget an, das Ministerpräsident Queuille vorgelegt hatte. Die Kammer ermöglichte es damit Queuille, die umstrittene Budget-Frage noch vor Ende des Jahres durch die Versammlung zu jagen.

Die Abstimmung ergab 314 für und 231 Stimmen gegen die Regierung.

13980 - 0015 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

18. Dez. 1948

The Manchester Guardian

Nr. 31882

FRENCH "BATTLE OF
THE BUDGET

Queuille Plan Opposed

From our own Correspondent

PARIS, DECEMBER 17.

The Assembly's Finance Commission, having shown its determination to reduce the Government's proposed taxation, is still reluctant to make its own suggestion for balancing the Budget. The commission's proposals, if adopted, would reduce the revenue by 135 milliard francs. So far it is believed that M. Queuille and M. Petsche have found it hard to get the commission to agree to taxes or economies which would close this gap.

However, there are signs that some of the Government's troubles may be the result of more or less formal protests by its Radical and M.R.P. supporters, who are keeping a careful eye on the electorate. They are never at ease if called upon to support unpleasant financial measures in public without grumbling in public as well. To-day there were signs of division among the Government supporters but observers here were inclined to attribute this to their customary desire to pay lip-service to the interests of the taxpayers. But M. Queuille still has a hard struggle ahead.

The Manchester Guardian

Nr. 31887

M. QUEUILLE GAINS
SUPPORT

Budget Proposals

PARIS, DECEMBER 23.

M. Queuille's coalition Government virtually won the "battle of the Budget" to-night, when all the majority Parliamentary groups, including the Socialists, agreed that the Government's proposed production taxes and most of the proposed indirect taxes should be raised. The agreement came during the fifth day of the Assembly's Budget debate, a few hours after the Cabinet had authorised M. Queuille to seek an "unofficial" vote of confidence at any time he thought it necessary.

The Government is seeking to raise 135,000,000 francs of extra taxation to help to finance the investment programme France has undertaken under the Marshall Plan. Originally the Government proposed the imposition of an additional 10 per cent on all taxes, direct or indirect. However, Right-wing and Centre deputies objected, saying it would increase the existing "unfair incidence" of direct taxation.

As an alternative method of raising the money the majority groups agreed to-night that the production tax should be raised from 10 per cent to 12.5 per cent and most, but not all, indirect taxes increased by 25 per cent. The Socialists had feared that a higher production tax would lead to higher prices. M. Queuille said that while, theoretically, the new rate would raise slightly the household budget of minimum wage earners, in practice he thought the tax could and should be borne by the manufacturer.

This evening the Assembly was considering the Budget bill clause by clause. It was expected to sit through part of the night in an effort to get the whole bill voted by to-morrow.—Reuter.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 149

Queuille droht mit Rücktritt

dpd. Paris, 23. Dezember

Der französische Ministerpräsident Queuille erklärte in der Finanzdebatte der französischen Nationalversammlung, er könne sein Amt nicht weiterführen, wenn die Nationalversammlung nicht die zum Ausgleich des Haushalts und zur Unterstützung der notleidenden Familien notwendigen Steuererhöhungen bewillige.

13980 - 0018 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

31. Dez. 1949

The Manchester Guardian

Nr. 31891 -

THREAT TO FRENCH
BUDGET PERSISTS

Senators' Opposition

From our own Correspondent

PARIS, DECEMBER 30.

After deciding to examine M. Queuille's Budget proposals in detail (instead of rejecting them out of hand), the Council of the Republic is now debating each article in turn. Political observers believe that this is due to a change of tactics on the part of General de Gaulle's more faithful Senatorial supporters, who are more confident that the Council will reject those articles which only received a narrow majority in the Assembly than that it will reject the entire Budget.

If the Council amends or rejects any part of the Budget by an absolute majority of more than half its members, M. Queuille will need an absolute majority in the Assembly in order to restore whatever cuts or alterations the Council may have made. In the last week he was unable, on several occasions, to obtain this absolute majority.

The Cabinet is believed to be divided over the proposal to modify the charters under which some of the French nationalised industries work. Socialist Ministers are said to be opposed to any decentralisation of authority or financial responsibility from the Government to the various managements. It has been suggested that several nationalised industries might begin to pay their way if the managers were given greater freedom from interference and greater financial responsibility.

25. Feb. 1949

The Times (London)

51315-

Nr.

**M. QUEUILLE AND
COMMUNISM**

**ASSEMBLY'S VOTE OF
CONFIDENCE**

From Our Own Correspondent

PARIS, FEB. 24

The French National Assembly was crowded to-day to hear M. Thorez, secretary-general of the Communist Party, repeat his answer to the question what the Communists would do if the Soviet Army were to occupy Paris. To-night M. Queuille, the Prime Minister, replied with an effective attack on Communist policy, and declared that the Government would take action against all who rendered themselves liable to prosecution by attempts to demoralize the Army. The Minister of Justice announced that a demand had been tabled for waiving the parliamentary immunity of the veteran Communist deputy, M. Cachin, on a charge of inciting the Army to disobedience.

An M.R.P. deputy who opened the debate asked M. Thorez whether he thought the interests of France could be identified with those of a foreign Power and whether, in inviting Frenchmen to welcome a new occupying Power with open arms, he was preparing to follow in the footsteps of Pierre Laval.

M. Thorez, after repeating what he had said elsewhere, went on to make an electoral speech on the theme that the Soviet Union and the Communists stand for peace and that the Anglo-Saxons, aided by the French Government, are preparing for war against the U.S.S.R. To prove that the Soviet Union cannot commit an act of aggression and did not commit one against Poland in 1939, he quoted, as did *l'Humanité* to-day, Mr. Churchill's remark in the first volume of his memoirs that the Russians had to take the action they did to make their country safe against the Nazi threat.

M. DALADIER'S ATTACK

In the ensuing debate M. Daladier made an eloquent attack on the Soviet Union, whose treachery, aggression, and oppression, he declared, was at least comparable to that of Nazi Germany. There could be no sense of peace in Europe, nor hope of understanding between east and west, so long as Russia continued to crush out the liberties of the countries she occupied and to threaten the security of their neighbours.

M. Queuille was hardly less pointed in his justification of French preparations to resist aggression in conjunction with other nations. He quoted the article of the French constitution that denies to "any section of the people or any individual the right to claim for itself the exercise of national sovereignty." The Government, he said, would resist any attempt of the Communists to make the nation bow to their *ukases*.

He denounced their attempts to ruin the country by encouraging extravagance when in the Government, by strikes since, by trying to create a panic over the fall in some prices, and now by trying to demoralize the army. "The natural reaction of a Frenchman," he added, "is not to ask himself what he will do if a foreign army occupies Paris; it is, on the contrary, to assert that he will prevent the enemy from getting there"—a remark that was greeted by Communist cat-calls and by loud applause from the rest of the Assembly.

PARIS, Feb. 24.—M. Queuille, the French Prime Minister, said in the National Assembly to-night that M. Thorez's statement that "should the Soviet Army come to France French workers would behave towards it as did the workers of Poland and Rumania" had been sent to the Public Prosecutor's office.

By 386 votes to 182, the Assembly expressed its "confidence in the Government to defend the national independence and to apply the law." The motion said: "The Assembly notes that M. Maurice Thorez says that any country at war with a certain foreign Power must be considered an aggressor, and that in case of a conflict between that certain foreign Power and France the French people should offer no resistance. The Assembly considers these statements an insult to the patriots who risked their lives fighting the (German) occupier." A Gaullist motion calling for prosecution of M. Thorez was rejected.—*Reuter*.

The Manchester Guardian

N31959

SUCCESSSES FOR
M. QUEUILLE

French Elections

PARIS, MARCH 20.

The first results in the French county council elections, held to-day throughout the country (with the exception of the Seine Department—greater Paris), showed successes for the Government. In the Corrèze Department the Premier, M. Queuille, was elected a councillor for the canton of Neuvie-Dussel. He gained 1,957 votes, a Communist 914, an Independent 177, and a Gaullist 132.

M. Mitterand (U.D.S.R.) Secretary of State for Information, defeated the outgoing Communist member and a Gaullist candidate, in the Montsauche canton of the Nièvre Department. M. Fauré, Secretary of State for Finance, was also successful in his canton. Incomplete returns from other departments showed that, in general, the Government candidates were leading, with the Gaullists second and the Communists a poor third.

In to-day's elections 12,000,000 Frenchmen went to the polls to elect councillors to fill half the seats on the county councils. The same system as that of before the war is being used—the double ballot, with single-member constituencies. In cases in which no candidate receives an absolute majority a second election will be held on Sunday. To-day most centres reported that between 60 per cent and 70 per cent of the electorate voted.

The Communist party has made a great effort and is the only one contesting all the vacant seats. The main point of its campaign has been a fierce attack on the Atlantic Pact, described as "an instrument of war against Russia." It has appealed to the voters on the ground that "a vote for us is a vote for peace."

The seats contested to-day had been held by the following:—

Socialists, 430.
Radicals and Left Independents, 347.
Communists, 182.
French People's Rally, 156.
M.R.P., 121.
Conservatives, about 120.

—Reuter, Associated Press, and British United Press.

Saarländische Volkszeitung
Nr. 68 (Saarbrücken)**Queuilles Stellung gefestigt****Gemeinsame Front der „Dritten Kraft“ im zweiten Wahlgang**

Drahtbericht unserer Pariser Redaktion
Paris, 22. März.

Auch die bestellten Manöver der Kommunisten in der Nationalversammlung werden an der Orientierung des zweiten Wahlganges der Kantonalwahlen am nächsten Sonntag nichts ändern können. Immer klarer zeichnet sich die Lage ab. Die Voraussagen einiger politischer Propheten wollten von großen Umwälzungen wissen: Der Gaullismus würde die Regierungsmehrheit und die Regierung selbst hinwegfegen und große kommunistische Erfolge sollten den Beweis für die Notwendigkeit von Neuwahlen und der Bildung einer starken nationalen Regierung erbringen. Die Propheten haben sich wieder einmal geirrt. Die Kommunisten haben eine halbe Million Stimmen eingebüßt, und die gaullistische Bewegung ist nicht über den Punkt hinausgekommen, den sie vor eineinhalb Jahren bei den Gemeindewahlen erreicht hatte. Das Gegenteil wäre eher war. Wie in unserem früheren Bericht angedeutet wurde, hat der erste Wahlgang den deutlichen Willen des französischen Volkes zur politischen Ruhe

und Stabilität zum Ausdruck gebracht, vielleicht mit einer leichten Betonung zur gemäßigten Rechten hin. Der hohe Prozentsatz der Stimmenthaltungen scheint diese Tendenz noch zu unterstreichen.

In Regierungskreisen ist man zufrieden über diese Billigung der offiziellen Politik durch die Bevölkerung. Die Regierung Queuille sieht ihre Stellung gefestigt, und die Parteien, auf die sie sich stützt, bereiten ihren Schlachtplan für die Entscheidung am Sonntag vor. Sozialisten, Volksrepublikaner, Radikale und Gemäßigte werden sich bei den Stichwahlen nach Möglichkeit zusammentun. Der Zweifrontenkampf ist beendet. Unvorhergesehene Zwischenfälle allein könnten noch eine grundsätzliche Änderung des Wahlergebnisses herbeiführen. Das Volk atmet auf. Zweieinhalb Jahre wird Wahlfrieden herrschen bis zu den allgemeinen Parlamentswahlen 1952. Auch in der Nationalversammlung wird man nicht unzufrieden sein über die Zeit, die nun zur ernstesten, fruchtbringenden Arbeit zur Verfügung steht. Aus der „Dritten Kraft“ aber kann die erste Kraft des Landes werden.

Die Neue Zeitung (München)

Nr. 36



Henri Queuille

Man benötigt schon einen ungehörig breiten Raum, nur um die 22 Kabinette aufzuzählen, in denen Frankreichs Ministerpräsident Henri Queuille in den vierzig Jahren seiner bewegten politischen Laufbahn als Sozialist zwischen linkem und rechts gerichteten radikalen Flügel, meist als Landwirtschafts-, oft als Gesundheitsminister unter Liberalen, Konservativen, Rechtsradikalen und Sozialisten pflichtgetreu seinem Lande dient. In seiner Rundfunkansprache am Vorabend der letzten Kantonalwahlen, in denen er die beiden stärksten Parteien, die Gaullisten und die Kommunisten, mit 51 Prozent für seine Regierungskoalition der Dritten Kraft schlägt, darf er widerspruchlos als Bilanz seiner letzten halbjährigen Cheftätigkeit (— „der bleibt auch keinen Monat!“ unkten alle für und gegen ihn, als man ihn wählte —) auf der Aktivseite verzeichnen: Ausgleich des Haushalts, Abwehr der drohenden Inflation, Beendigung der steigenden Preistendenz, Wiederaufbauanleihe und Wiederherstellung der Staatsautorität. Monsieur Queuille stammt aus Südfrankreich. Noch heute, nach vier Jahrzehnten, schickt ihn sein heimatliches Departement Corrèze als seinen Vertreter in die Deputiertenkammer. Anfangs ist er Landarzt, aber bald packt die Politik so nachhaltig und zeitraubend nach ihm, daß er sich, nach einem kurzen Abstecher als Frontsoldat im Weltkrieg I ihr ganz verschreibt. Klein, stämmig, mit silbergrauem Schnurrbart über den schmalen Lippen seines Bauerngesichts bewegt er sich auch heute noch wie ein Landarzt in seiner konservativen südfranzösischen Eleganz. Er spricht auch so still und betonungslos wie der Mediziner am Krankenbett, und die Karikaturisten haben es leicht mit den Anspielungen, um so mehr, als Dr. Queuille es liebt, seine politischen Diagnosen medizinisch zu halten: „Frankreich hat Fieber und ist überreizt, es braucht Ruhe.“ Er haßt offizielle Gesellschaften, züchtet mit Leidenschaft Rosen, spaziert für sein Leben gern unerkannt über die Boulevards, glaubt an Wünschelruten und Pendel, haßt Überraschungen und holt seine stärksten Wirkungen als unübertrefflicher Routinier. Eine kleine heimliche Leidenschaft hat er, über die er gar nicht gern spricht: seit Jahren ist er noch nebenbei Bürgermeister für 3000 Bewohner seines heimatlichen Städtchens Neuvic, und wenn er es wieder einmal mit der Politik satt hat, setzt er sich in seinen kleinen Wagen und vergräbt sich an seinem Amtstisch abseits von Rundfunk, Telefon und höchst gewichtigen Konferenzen. Und wenn er jetzt März ultimo seinen 65. Geburtstag in seiner bescheidenen Wohnung links der Seine („Ich zieh' nicht erst ins Matignon-Palais!“) begehen wird, werden sein Sohn, aus Teheran als Vizekonsul auf Urlaub heimgekehrt, und seine Tochter und ihr Mann, ein berühmter Pariser Anwalt, wieder wie immer bei solchen Gelegenheiten, der Madame Queuille, einer charmanten schlanken Südfranzösin, bei ihrem ständigen Unken beipflichten: „Henri, denk' auch mal an mich, arbeit' nicht zuviel und laß endlich dein Rauchen sein!“

Interpress (Hamburg)

Nr. 93

Henri Queuille

Der Hausarzt der 4. Republik

Der in den jüngsten Kantonalwahlen von Frankreichs Mittelparteien erungene Erfolg ist zugleich ein Prestigegewinn des Ministerpräsidenten Henri Queuille.

(Interpress) - Am Quai d'Orsay zählte man den gemässigten Radikalsozialisten, der "liberal aus Instinkt und Überzeugung" ist, jahrzehntelang zur zweiten Garnitur. In wohl zwei Dutzend Zwischenkriegsregierungen hatte er Ministeressel gedrückt: ein jung in die Politik gegangener Landarzt mit provinzieller Note und würdiger Vertreter der bürgerlichen Kleinstadtaristokratie, die ihn heute in der Regierung stützt. Als der 64jährige Kabinettsroutinier im vergangenen Herbst überraschend das Ministerpräsidenten-Palais Matignon bezog (aus der "Anonymität des Durchschnitts" heraus, wie man auf den Boulevards glossierte), personifizierte er einen kurzlebigen Kompromiss, weniger die ausgleichende "Dritte Kraft" als den Prellbock zwischen den Extremen der französischen Innenpolitik. Henri Queuille enttäuschte seine Gegner. Mag das Kapital, mit dem er seinen Wahlerfolg erzielte, die Müdigkeit der breiten Masse sein oder seine intuitive Kraft als Mensch und Staatsmann: die fiebernde Marianne hat sich - zunächst - für den Landarzt, nicht für den operationsbeflissenen General an ihrem Krankenbett entschieden.

Die Behandlungsmethode des Bürgermeistersohnes aus Corrèze, wo er vor seiner Flucht nach England von 1940 bis 1943 unauffällig ein kleines Holzgeschäft betrieb, ist nicht die eines Wunderdoktors. Queuilles Politik entspricht seiner stärksten Eigenschaft: dem gesunden Menschenverstand. Er diktiert ihm von Zeit zu Zeit seine scharfen Worte an de Gaulle - obwohl seine Rhetorik sonst bestenfalls ermüdend wirkt. Er veranlasst ihn zur rücksichtslosen Streikbekämpfung - wenngleich sein politisches

Temperament eher sanft als unternehmungslustig ist. Der Durchschnittsfranzose mag sich in ihm selbst an der Regierung sehen. Da florettiert keiner jener aalglatten Advokaten: ein schnurrbärtiger Familienvater mit silbermeliertem, schon dünnen Haar, einem Sohn am Konsulat in Teheran, einer verheirateten Tochter, mit einer Schar lärmender Enkelkinder, denen er Spielzeug bastelt, mit kleinen Schwächen, über die sich niemand mokiert, sei es die Neigung, seinen Garten zu bestellen und Rosen zu züchten, oder seine Experimente mit Wünschelrute und Pendel zur Anzeige verborgener Schätze und Krankheitsherde. Dass er im Rat der Republik aus Schwäche zusammenbrach, hat ihn vielen nur sympathischer gemacht. Nicht in den Augen der Kommunisten, die es ihm neben vielem anderen verübeln, dass er offen von der Notwendigkeit spricht, Europa gegen die Sowjetarmee an der Elbe, nicht erst am Rhein zu verteidigen. Näherliegend ist die Schlacht, in der er im Palais Bourbon die Queuille-Linie der "Troisième Force" künftig gegen den Ansturm der autoritären Flügel verteidigen müssen. Ob der Mann, der die 4. Republik mit Kompromissen regiert, hier siegen wird, ist noch die Frage.

30. 3. 1949

..

- . -

Queuille, Henri, französischer Staatsmann. -
Biographische Angaben unter Internationaler Biographi-
scher Pressedienst, Ausgabe Politik Nr. 198/1948 vom 9.
September 1948: "Henri Queuille - Arzt am Scheidewege".

13980 - 0024

000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Queuille
P. Henri

Datum

- 7. April 1949

Die Zeit (Hamburg)

14 - - -



Henri Queuille (links) und Feldmarschall Montgomery im Hotel Matignon in Paris. Der französische Premier sprach als erster europäischer Regierungschef von der Notwendigkeit, Europa gegen die Sowjetarmee an der Elbe und nicht am Rhein zu verteidigen.

Aufnahmen: dpd

The Times-London

N^o 51358**M. QUEUILLE'S
MILESTONE****A RECESS WITHOUT
ELECTIONS**

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

PARIS, APRIL 17

The French Parliament has risen for the Easter recess, which is to continue until May 17. It marks something of a political milestone, for the deputies separated for the first time in the history of this Parliament without the prospect of an early national or local election.

This, together with the increased stability of the Queuille administration, means that French politics are calmer than they have been since the birth of the Fourth Republic. Between now and May 17, however, M. Queuille and his Ministers have several difficult problems to face; and apart from current affairs there is a growing feeling that something must be done to make the work of Parliament more efficient, even if it means altering the constitution.

MEN FOR INDO-CHINA

The outstanding immediate problem is national defence in general and Indo-China in particular. The military budget has not yet been debated in detail, and, although no official information is available, it is generally supposed that the recent decision to send reinforcements of men and material to Indo-China will mean a request to Parliament for more money. Bao Dai, the ex-emperor of Annam, is due to arrive in Indo-China by April 25, where, according to present French hopes, he will head a united and independent Viet Nam and so help to draw support away from Ho Chi-minh, the Communist leader. But there is a long way to go before this aim is satisfactorily achieved, and probably no Minister or official is without anxiety about the future. A growing body of independent and right-wing opinion believes that the only alternative to abandoning Indo-China, which is unthinkable, is increasing the military effort to secure and hold it.

Secondly, there is the economic policy of the Government. Restriction of credit and a tendency to falling prices have led to the appearance of the usual symptoms associated with the transition from inflation to deflation; economic activity has been declining and unemployment slowly rising, and there is talk of an economic crisis at a time when the franc has been nursed back to something approaching stabilization.

M. Queuille, whose adroit handling of his ill-assorted majority has won him general admiration in the last few months, is expected to produce a fresh and comprehensive programme next month. So far he has kept his Government alive by discreet avoidance or postponement of difficult questions; now it would seem that he must abandon this day-to-day policy in favour of something of longer range, which must take account of the "drift to the right" which the Government acknowledges to have been indicated by the recent local elections.

*Queuilles
Henssi*
31. Mai 1949

Neue Zürcher Zeitung

148

Eine Resolution zugunsten Queuilles

Madame Poinso-Chapuis ist es in Straßburg nicht gelungen, einen Umsturz ins Werk zu setzen. Seit der Befreiung haben sich die Volksrepublikaner noch nie als Ministerstürzer benommen, und sie zögern auch diesmal, die Verlegenheiten Queuilles zu steigern. Der Kongreß nahm eine Resolution an, die sich für die *Stabilität der Regierung* ausspricht. In einer andern Resolution rückt die Partei vom Gaullismus ab, dem vorgeworfen wird, daß er „durch seine Politik der sterilen Angriffe gegen das Regime und die Demoralisierung der öffentlichen Meinung die Franzosen spaltet und die nationale Wiederaufrichtung verzögert“. Improvisationen werden also abgelehnt. Irgendwie hat das Hin und Her in den Reihen der Volksrepublikaner aber doch zur Verstärkung der *Krisenatmosphäre* beigetragen, die sich in Paris bemerkbar macht. Die politischen Auguren sind nicht davon überzeugt, daß die heutige Regierung den Monat Juni überleben wird.

Die Zeit (Hamburg)

№ 2 2

Queuille bleibt

Die französische Regierung betrachtet die Annahme ihres Finanzprogrammes als ein inoffizielles Vertrauensvotum und sich selbst damit gesichert. Ministerpräsident Queuille hat sich in diesen kritischen Tagen, als ein offiziell zugestandener Fehlbetrag von 83 Milliarden Francs zu decken war, mit seiner Fähigkeit des Ausgleichens erneut bewährt, aber doch nur deshalb, weil eine Krise aus außenpolitischen Gründen wenig opportun erschien und die Pläne der Opposition noch nicht ausgegoren sind. Klar traten dagegen schon die Kräfte in Erscheinung, die im geeigneten Augenblick neu vorstoßen und andere politische Verhältnisse schaffen wollen. Ihr Ziel ist: Ausschaltung der Sozialisten, Bildung einer Regierung von der bürgerlichen Linken bis zu den Gaullisten, Reprivatisierung der sozialisierten Wirtschaftszweige; ihr Führer ist zur Zeit Paul Reynaud, könnte aber schon morgen Bidault sein, der sich so sichtbar de Gaulle genähert hat.

Aber bei den meisten fehlt noch der Mut zu einem so radikalen Schritt — und manche glauben, daß Queuille weiterhin so handeln würde, als ob die Sozialisten der Regierung nicht mehr angehörten. Der Ministerpräsident hat sogar das klare Versprechen gegeben, die nationalisierten Industrien und die Sozialversicherung zu überprüfen. Dank dieser Politik, dank aber auch vor allem dem Marshall-Plan und der guten Ernte, setzten sich im Vorjahr die Aufstiegskräfte eindeutig durch, der Dollar fiel in diesem Jahr am schwarzen Markt von 500 auf 360 Francs, zeitweilig sogar auf 320. Aber diesen Aufstieg darf man nicht überschätzen. Zwar lebt heute schon wieder mancher Franzose wie Gott in Frankreich, aber doch eben nur mancher. Die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme sind trotz Marshall-Gelder und trotz Steuerreform noch nicht gemeistert. Die Finanzmisere verewigt sich bei Ausgaben von fast 2 Billionen Francs und Einnahmen von gut 1 Billion. Finanzkrisen wie in der letzten Woche wird Frankreich in diesem Jahr noch mehrfach erleben, denn die Wirtschaft stagniert seit Monaten, die Kaufkraft hat empfindlich nachgelassen, die Produktion steigt nicht mehr an, die Unternehmer fordern Kredite und Steuersenkungen, die Bauern höhere Preise und die Arbeiter höhere Löhne. Die sozialen Spannungen nehmen empfindlich zu. Hinzu kommen die Querschüsse der Interessenten, und seien es nur die Schwarzhändler, die mit der Legalisierung des grauen Benzinmarktes ihre letzten Möglichkeiten dahinschwenden sehen. Politische Krisen und Experimente könnten bei dieser Wirtschaftslage das Erreichte in Frage stellen. W. G.

Saarländische Volkszeitung

N 122 —

Queuille kämpft weiter für politische Stabilität

Fortsetzung der Finanzdebatten am Dienstag — Benzin 63 Frs. im freien Handel

Drahtbericht unserer Pariser Redaktion.

Paris, 27. Mai. Nach Krisen, Gerüchten und Stimmungskämpfen in der Nationalversammlung ist ein stilles Wochenende für die französische Innenpolitik vorausgesehen. Ministerpräsident Queuille hat in letzter Stunde dem Präsidenten der Republik mitgeteilt, daß er ihn nicht wie geplant, bei dem Staatsbesuch nach Algerien begleiten kann. Ein Staatssekretär des Ministerpräsidiums wird den Regierungschef bei dieser offiziellen Angelegenheit vertreten.

Der Ministerpräsident wird wohl triftige Gründe dafür gehabt haben, an der „Front“ zu bleiben, solange die letzten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts und der Nationalversammlung nicht zum Ausgleich gekommen sind. Es gab Besprechungen sozusagen am laufenden Band mit den in Paris anwesenden Ministern, Fraktionsführern und maßgebenden politischen Persönlichkeiten.

Nicht anwesend in der Hauptstadt sind die Volksrepublikaner (MRP). Sie halten seit dem Himmelfahrtstag in Straßburg ihren Jahreskongreß ab. 1200 Delegierte sind dort zusammengekommen und sie sollen übereinstimmend der Auffassung sein, daß die Koalitionsregierung Queuille sich in keiner unmittelbaren Gefahr befindet. In Paris selbst spricht man wieder von der Möglichkeit einer Regierungsumbildung, um dem von rechts kommenden Druck gewachsen zu sein. Wie diese Umbildung erfolgen soll, darüber hört man nichts näheres. Es dürfte auch nicht sehr einfach verwirklicht werden können.

Der Brennstoffkonflikt hat nun eine vorläufige Lösung gefunden. Ist man in

den Kreisen der Regierungsmehrheit mit dem Abstimmungsergebnis (324:263) zufrieden, so herrscht in der öffentlichen Meinung ein un verhohlenes Mißbehagen über die Kompromißlösung des sogenannten „doppelten Sektors“. Wie dieses neue System praktisch arbeiten wird, weiß man noch nicht. Eins aber wird in Links- und in Rechtskreisen behauptet, daß dieses System die Existenz eines der letzten noch übrig gebliebenen Zweige des Schwarzhandels verlängern wird.

Der von der Finanzkommission abgelehnte Regierungsentwurf hätte dem Benzin-schwarzhandel dem skandalösesten aller solchen illegalen Manöver, ein schnelles Ende bereitet. Wie wird es nun jetzt sein? Die mit Vorzugsrecht belieferten Autobesitzer erhalten das Benzin nach wie vor zu 43,— Frs. das Liter, während für den theoretisch unbegrenzten freien Handel der Preis von 63,— Frs. festgesetzt ist. Sachverständige behaupten, daß es nicht möglich sei, der freien Nachfrage zu genügen und daß es auch in diesem Sektor notwendigerweise zu einer Kontingentierung kommen müsse. Man spricht sogar von 30 bis 40 Liter monatlich. Jedenfalls sieht man noch allerlei Komplikationen voraus.

Die Nationalversammlung tritt am Dienstag wieder zusammen und die weiteren Finanzdebatten werden den Unabhängigen der Rechten Gelegenheit geben, einen neuen Vorstoß gegen die Geschäftsführung gewisser nationalisierter Betriebe und der Sozialversicherung zu unternehmen. Ministerpräsident Queuille hat mit seinem Verzicht auf die Reise nach Algerien zu erkennen gegeben, daß er noch nicht zur Kapitulation entschlossen ist, sondern im Interesse der politischen Stabilität weiter kämpft. Wer den ziemlich lebhaften Ministerpräsidenten mit so reicher Erfahrung richtig versteht, wird sich darüber nicht wundern.

Le Monde (Paris)

1393

M. Henri Queuille en Corrèze

**Mon gouvernement n'est ni un
« gouvernement de guerre »
ni un « gouvernement de misère »
déclare le président du conseil**

M. Henri Queuille a inauguré dimanche la sixième foire-exposition de la Corrèze. Prenant à cette occasion la parole à Brive il s'est demandé si « lui et ses collaborateurs étaient bien compris par la masse des Français », puis il a ajouté :

« Gouvernement de guerre, prétendent les communistes. Nous avons tous les trois ici présents, M. Delbos, M. Lacoste et moi-même, assez souffert de cette guerre comme de l'autre pour repousser à jamais l'idée d'un nouveau conflit. Gouvernement de misère ? Nous avons pris le pouvoir à la veille d'un jour où la France était sur le point de fermer ses caisses. Notre monnaie est aujourd'hui une des meilleures du monde, et nous occupons la troisième place sur le plan financier. Arriver à ce résultat après quelques mois suppose forcément des mesures impopulaires. »

Le président du conseil s'est ensuite rendu à Ussel ; il a remis la croix de guerre à cette cité, puis il a assisté à un banquet à l'issue duquel, revenant sur notre redressement économique, il a exprimé sa reconnaissance aux Etats-Unis pour l'aide qu'ils nous ont accordée. Il est également revenu sur l'accusation que les communistes adressent à son gouvernement de préparer la guerre :

« Un risque, si léger soit-il, doit inciter à prendre des précautions, a-t-il déclaré. Si une invasion se produisait je ne puis penser et ne saurais admettre qu'un seul Français pourrait tendre les bras à l'envahisseur. Je ne crois pas qu'il y ait un fou pour déclencher un conflit. Mais s'il en existait un notre devoir serait de mettre le pays à l'abri de l'invasion, et si les nations pacifiques nous offrent leur concours nous devons l'accepter. »

De retour à Brive M. Queuille a présidé le soir le banquet offert par la chambre de commerce, et a prononcé un troisième discours dans lequel, évoquant la situation en Indochine, il a dit que le gouvernement ne faisait qu'appliquer les mesures décidées à l'époque où M. Maurice Thorez était ministre et signées par le secrétaire général du parti communiste. Il a ajouté :

« Que les communistes continuent leur travail de division et leur action pourvu que les Français se rapprochent. Créez le front commun pour faire face aujourd'hui à une tâche immédiate. »

The Times (London)

Nr. 51443 -

M. QUEUILLE IN TROUBLE

RIGHT-WING THREAT TO COALITION

HOLIDAY BONUS DISPUTE

From Our Own Correspondent

PARIS, JULY 25

M. Queuille unexpectedly found himself and his Government in difficulties to-day, when the right wing of his majority threatened to break away because of a decision of the Socialist Minister of Labour concerning holiday bonuses. Parliament is due to go into recess on Wednesday, and it had been assumed that provided M. Queuille survived till then—and this did not seem in doubt until 48 hours ago—he would survive until the autumn or longer. To-day his prospects sagged.

The dispute was the result of the approval given by M. Daniel Mayer, the Minister of Labour, to a scheme by which the employees of the social insurance system, who have recently been threatening to strike, are given a holiday bonus of considerable size. Four days ago, however, M. Mayer himself declared in the National Assembly that he was against an obligatory bonus for all workers. Holiday bonuses were essential for certain classes, he argued, but on no account must they lead to higher prices.

CONVENIENT PRETEXT

First reactions to M. Mayer's action came over the week-end when the right wing and independent groups in the Chamber began to indicate their strong disapproval of a step which, it was felt, could not fail to unleash a host of similar claims and undermine the Government's hitherto firm policy of keeping wages pegged.

Whatever substance there may be in these right-wing fears, it seems likely that the question has been seized on as a convenient pretext by those deputies and groups of deputies who feel that the present Administration has been in office for long enough. A form of "cold war" was begun by M. Paul Reynaud and his group of right-wing independents last April, when various warnings to M. Queuille were uttered about what would happen if he did not tidy up his economic policy. Since then little more has developed, but there is reason to suppose that certain members of the Radical Party and the right and right-centre are far from satisfied at the prospect of having to wait until next November, perhaps, before a chance for a portfolio comes along. Governments lasting as long as M. Queuille's—it has now been in office for 10 months—are remarkable by Fourth Republic and even Third Republic standards.

PRECEDENT CLAIMED

M. Daniel Mayer mounted the tribune of the National Assembly this morning to explain his action, and maintained that a similar step taken by M. Reynaud when he was Minister of Finance a year ago provided a precedent. In any case, he argued, individual agreements on holiday bonuses might be made to serve as a touchstone by which to judge the risks of agitation which might follow a return to freedom of bargaining. M. Reynaud was clearly unimpressed by this argument, and in a short speech which, in the opinion of lobby observers, considerably darkened the situation, he said that he and his followers could not support the Government, whose policy involved "the gravest dangers."

Finally M. Queuille, who in recent months has so often applied a cold towel to the heated head of the body politic, rose and accused his critics of disturbing Government solidarity on the eve of the recess. Either there must be complete confidence in the coalition, he said, or there must be a motion of censure. It seemed possible this evening that there would be no more developments in this crisis, if such it be, until Wednesday, for it has been agreed that the debate on the Atlantic Pact should run its course. Meanwhile there is great activity in the lobbies, and no one is prepared to prophesy the outcome.

13980-0031 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur.....

Datum..... 30. Juli 1949

The Times (London)

Nr. 51447 -

M. QUEUILLE'S MAJORITY OF THREE

PROSPECTS IN THE AUTUMN

FROM OUR OWN CORRESPONDENT

PARIS, JULY 29

M. Queuille and his Government to-day received from the National Assembly the narrowest majority that they have had. By three votes—289 to 286—a Communist and other motions about holiday bonuses for workers were refused after M. Queuille had made it clear that an adverse vote would entail his resignation. A three-vote majority would at any other time have a grave effect on the Government's expectation of life. As it is, Parliament is about to go into recess until mid-October, so that it will have no immediate significance.

Yet the narrowness of the vote led many political observers to prophesy this evening that the days of M. Queuille's Government will be numbered in the autumn when Parliament returns and when labour agitation is to be expected. Whether M. Queuille is perturbed at this prospect is another question; his Government has already lasted longer than any other since the liberation, and if it lasts for another three months, he will have ample reason, given the ill-assorted character of his coalition, to be satisfied.

The Economist (London)
Nº5527**M. Queuille's Last Lap?**

Since last winter, the French community has acquired a real if temporary measure of stability. No violent storm has rocked the country since the November strikes, and the relative tranquillity has even made itself felt in that delicate barometer of the French political mood—the Assembly. For ten months,

M. Queuille's government has survived. The coalition of Socialists, Catholics, and anti-socialist and anti-clerical Radicals is held together by a shared dislike of the Communist and Gaullist extremes and by the expedient of reducing governmental activity to a minimum. This type of government, which "divides Frenchmen least" and seeks to avoid their criticism by doing nothing to incur it, is, of course, entirely reminiscent of the Third Republic. Indeed it is managed today by parliamentary veterans of the inter-war years. So long as the centre groups exactly balance the extremists on both wings, no other political combination is conceivable; M. Queuille cannot govern without the votes of the Socialists and the Catholics. Equally they have no majority without the Radicals and the various independent groups which share the Radical philosophy of *laissez faire* and governmental quiescence.

This week, with only a few days to go to the adjournment, the temptation not to leave M. Queuille's team enjoying the advantages of office for the several undisturbed months of the recess has led to a new effort to upset the Coalition. The Socialist Minister of Labour, M. Daniel Mayer, gave an admirable opening by promising a holiday bonus to the social insurance workers, not a notoriously hard-working body of men, but pillars nonetheless of the Socialist Party. This move, which threatened to set in motion a new wave of wage demands, in conflict with the aim of governmental economy, and conferred a favour on a socialist sector of the electorate, provided the Radical groups with the excuse they needed to threaten to vote the coalition out of office.

At the time of going to press, the crisis continues. The need to keep a government in being to ratify the Atlantic Pact and the ignominy of a Cabinet falling instantly after the ratification may carry M. Queuille through the week and on to the adjournment. In fact, the episode is not a real crisis. If M. Queuille went, another M. Queuille would take his place.

13980 - 0033 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

Queuille
Henri

22 Aug. 1949

LE MONDE (PARIS)

N° 1422

M. HENRI QUEUILLE REGAGNE LA CORRÈZE

M. Henri Queuille a reçu dans la matinée différents députés membres du groupe des indépendants d'outre-mer venus l'entretenir de différents problèmes économiques et financiers intéressant le Cameroun.

Cet entretien marque la fin du séjour à Paris du président du conseil, qui repart dès cet après-midi pour Neuvic-d'Ussel, où il demeurera toute la semaine prochaine.

LE MONDE(PARIS)

1423

« La confiance en notre pays
est revenue »,
déclare M. Queuille

M. Henri Queuille, qui avait regagné la Corrèze samedi par avion, a pris hier dimanche la parole à Meymac à l'occasion d'un concours ovin.

Après avoir rappelé à ses auditeurs qu'il les avait prévenus il y a un an d'une baisse des cours des produits agricoles, le président du conseil a indiqué que le gouvernement avait songé à exporter, notamment en Angleterre.

« Mais ce pays, ajouta-t-il, vient de conclure un achat de viande en Argentine à des prix plus avantageux que les nôtres : voilà donc un marché qui nous est fermé. » Quoi qu'il en soit et malgré la sécheresse, « dont le gouvernement n'est pas responsable », les prix et les salaires se sont stabilisés depuis sept à huit mois : la confiance en notre pays est revenue : « On nous apporte l'aide qui nous permettrait en cas de conflit d'éviter les maux de l'invasion. » Après avoir affirmé que le gouvernement avait bien servi la France et la République, M. Queuille a conclu :

« Certains me reprochent mon attentisme. Je devais pourtant arrêter le pays sur la pente fatale où il s'était engagé. Le gouvernement a sauvé la République en septembre dernier, à un moment où, profitant des circonstances, une dictature aurait pu s'installer en France.

« Quand ma mission aura pris fin je n'aurai pas à rougir des efforts que j'ai accomplis à la présidence du conseil. »

13980 - 0035 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

P. Queuille,
Henri

Datum 29. Aug. 1949

LE MONDE PARIS

N° 1428

**M. HENRI QUEUILLE
EST RENTRÉ A PARIS****Il présidera lundi
un conseil de cabinet**

M. Henri Queuille est arrivé à midi à l'aérodrome de Villacoublay, revenant de la Corrèze. Il a été accueilli par M. Devinat, secrétaire d'Etat à la présidence du conseil, M. Ségalat, secrétaire général du gouvernement, et plusieurs collaborateurs. Il s'est rendu directement à l'hôtel Matignon.

On sait que le président du conseil doit présider lundi après-midi un conseil de cabinet. L'ordre du jour de la réunion, qui doit être définitivement arrêté cet après-midi, promet d'être chargé. Le ministre des affaires étrangères, qui partira probablement le 5 septembre pour les Etats-Unis, doit exposer les récents développements de la situation internationale. M. Paul Ramadier doit faire une communication sur les incendies de forêts.

Il est probable que M. Coste-Floret rendra compte des observations qu'il a pu faire au cours de son voyage en Indochine et des résultats de ses entretiens avec les dirigeants du Vietnam, du Cambodge et du Laos.

M. Claudius Petit compte saisir le conseil d'un projet de loi visant l'aménagement du prélèvement sur les loyers.

Diverses affaires courantes seront encore traitées au cours de cette réunion gouvernementale, et il est possible aussi que le cas de M. de Récy fasse l'objet d'un nouvel entretien.



LE MONDE PARIS

N° 1430 =

M. HENRI QUEUILLE s'est entretenu ce matin avec les parlementaires des départements éprouvés

Une importante conférence a réuni ce matin à l'hôtel Matignon, sous la présidence de M. Henri Queuille, un groupe de parlementaires de toute appartenance politique de la Gironde, des Landes et de Lot-et-Garonne. MM. Pflimlin et Marcelin assistaient à cette réunion, ainsi que M. Faugère, inspecteur général de l'administration à Bordeaux, chargé de la distribution des secours, et les préfets de la Gironde et de Lot-et-Garonne, celui des Landes s'étant excusé pour raisons de santé. L'entretien s'est poursuivi pendant trois heures.

M. Guyon, président de la commission des finances de l'Assemblée nationale, et M. Audeguil, président du conseil général de la Gironde, ainsi que M. Chaban-Delmas, maire de Bordeaux, ont soumis au président du conseil les vœux émis hier par l'assemblée départementale, et dont nous donnons d'autre part un aperçu.

Le gouvernement prépare un projet ayant pour objet de modifier en les renforçant les mesures de sauvegarde et de reconstitution de la forêt afin d'éviter le retour de sinistres aussi importants que celui qui vient de s'abattre sur le Sud-Ouest. Ce texte comportera notamment l'obligation d'aménager des pare-feu dans certaines plantations et cultures ; il modifiera en outre les dispositions en vigueur sur l'organisation de la lutte contre les incendies.

Il a été décidé de créer immédiatement un système de warrants au profit des exploitants forestiers sinistrés. Il a été bien précisé que les propriétaires bénéficiant de la vente de leur bois devront s'engager à reconstituer la forêt.

Une somme importante pourra être inscrite après consultation de la commission du plan dans le budget d'équipement de 1950, en vue de faciliter la reconstitution de la forêt. Le fonds forestier met dès maintenant à la disposition des professionnels sinistrés une somme de 1 milliard pour financer les opérations qui relèvent de l'application des textes législatifs en vigueur.

A l'issue de la conférence M. Chaban-Delmas a déclaré que le gouvernement paraissait favorable au vœu du conseil général de la Gironde tendant à la désignation d'un commissaire responsable de la forêt landaise, qui serait assisté d'une commission comprenant des professionnels chargés de mettre au point les conditions de reconstitution de la forêt.

13980 - 0037 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Amélie

Henri

Datum

9 Sept. 1949



Le Monde(Paris

Nº 1 4 3 8 =

M. HENRI QUEUILLE
rend visite à M. Vincent Auriol

M. Henri Queuille s'est rendu ce matin à l'Elysée pour s'entretenir avec M. Vincent Auriol des questions actuellement à l'ordre du jour.

The Manchester Guardian

Nr. 32108

M. QUEUILLE FACES SECOND YEAR

Few Rivals, but Trouble with Wage
Demands and Angry Farmers

From our own Correspondent

PARIS, SEPTEMBER 11.

M. Henri Queuille is now the sixteenth French politician who since 1871 has succeeded in bringing a Government through twelve months of life.

He was elected Prime Minister by the Assembly on September 10 last year and presented his Ministry on September 14. His chances of getting through a second year of office are not on a statistical basis very high, since only six predecessors have succeeded in doing this, though two of them, Poincaré and Clemenceau, succeeded in doing it twice.

M. Queuille's chances of long surviving the reassembly of Parliament in October were put very low at the end of July, partly because there were serious signs of his coalition not holding together and partly because some possible competitors for the post of Premier were appearing on the scene, notably M. Pleven and M. René Mayer. To-day it is more doubtful than six weeks ago whether anyone wants to take his place.

FEW RIVALS

Some people would say that it was doubtful whether anyone could, for it is not certain that anyone but himself could gather together the 310 votes which, under the new Constitution, are necessary for the election of a Premier. In fact, it is the difficulties of driving his four-in-hand, rather than the dangers from rivals, that must worry M. Queuille.

His success has been due to an important extent to his resolute postponement of problems over which the members of his Government were not united. His year has been one of steadily diminishing internal tension in France, of growing confidence in the currency, of increasing production, and of a slight fall in the cost of living. The immediate snag for the Government is that prices are now once more tending to rise, as even the official statistics, which do not include fresh green vegetables and fruit, have been forced to admit.

The Government has opened the door to imports of a number of commodities, including wine, butter, cheese, and textiles, with the double aim of trying to keep prices down and of making its contribution to the liberalisation of European trade. At the present stage this has brought far more protests than approval—protests from the General Confederation of Agriculture on the one hand and from textile trades unions of both Socialist and Communist com-

plexions on the other.

WORKERS' DISCONTENT

The amount of explosive discontent in the working class appears considerably less this autumn than it was in either 1948 or 1947, but the manner in which discontent may express itself is in some respects more dangerous to the Government's unity.

Whereas last year the Socialist and Catholic unions were on the whole pulling against the strikes, this year they show every symptom of wishing to take a leading part in industrial disputes. Their proclaimed aim of bringing about a fall in the cost of living (instead of an increase in wages as the Communists demanded) was only satisfied within a very narrow limit at the best of times, and even that achievement is disappearing. The executive commission of the Force Ouvrière, in a statement yesterday, blamed the Government for this in violent terms. It further declared that the Government's foreign trade policy has mainly served the capitalists. The communiqué formally approved in principle demands for a general increase of wages.

It is, in fact, while political passions are somewhat lulled that there is a chance of attracting some French workers from the Communist fold. The non-Communist trade unions want to see this. The Socialist and M.R.P. Ministers in the Cabinet will not wish to appear to be unsympathising opponents of the Socialist and Catholic trade unions.

Already two Socialist Ministers have been manoeuvring into position. The first of them, M. Daniel Mayer (Minister of Labour) nearly split the Government in doing so last July when he awarded a holiday bonus to the employees of the social insurance system. He is understood to have now come out explicitly in Cabinet meetings in favour of removing Government control of wages and allowing them to be settled by negotiations between employers and employees. This process would almost certainly to substantial increases.

M. Robert Lacoste, Minister of Industry, it now appears, followed in M. Mayer's footsteps by awarding a bonus for increased production. The singular condition of this bonus is that output should be at least 97 per cent of the Government's programme. This percentage shows that it is, in fact, a disguised wage increase. M. Lacoste's action would have already aroused a storm of protest from his more Conservative colleagues, mainly preoccupied with continuing the policy of stabilisation of both wages and prices, if so much of the political world were

not still on holiday.

Meanwhile the General Confederation of Agriculture, whose political affiliations are mainly with some of the Government's Right-wing members (though all parties are anxious for peasants' votes) has issued a manifesto no less violent than those from the working-class. It describes the Government's records as "one long aggression against agriculture," violently attacks the policy of food imports, and demands a guarantee of better prices for producers and reduction of taxes.

FARMERS CALL STRIKES

In some departments farmers are attempting milk strikes (apparently unsuccessfully), and in the districts which produce cheap wines in bulk there is a threat to refuse registration of this year's crop. The attitude of the General Confederation of Agriculture has been severely criticised in the Paris press, but this will not necessarily have any effect on the farmers.

The summer drought will not facilitate the Government's task, since it will almost necessarily result in an electricity shortage which in turn will mean reduced hours in many industries. The wheat harvest is good (about 78,000,000 quintals, that is 2,000,000 more than last year); barley, too, shows a slight increase, but the oat crop shows a fall (31,000,000 quintals instead of 33,000,000); maize and oil crops are poor. The shortage of hay and pasturage is grave. In consequence, there is some danger of wheat finding its way to livestock. This will be serious, for last year's wheat harvest fell short of the nation's need by a good deal more than the increased production of this year.

PREMIER'S CHANCES

In face of the imperative demands of competing trade unions and of the farmers, and of the problems of next year's Budget, will M. Queuille succeed once again in postponing what divides his coalition?

The elections of 1951 are already casting their shadows, and the Government's considerable degree of success in the past year has removed the pressure of urgency which brought and kept the parties together last winter. But M. Queuille's Government was not expected to last anything like a year when it was formed. He is a man of persuasion and resource, and who has the advantage of sounding as if he meant what he says when he offers to resign.

He will have won a very forcible argument when the National Assembly meets. At the beginning of the summer that body rejected the Government's proposal of petrol ration-free at 53 francs a litre, and instead imposed its own solution of petrol at 43 francs for priority users, and at 63 francs ration-free. So little petrol has been sold at the latter price that revenue is working out at about 5 per cent of what the Assembly's Finance Commission claimed it would be.

13980 - 0039 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Datum

13 Sept. 1949



Le Monde (Paris)

N° 1441 =

**M. Queuille prévoit à l'automne
« une certaine agitation sociale
mais pas de grève
insurrectionnelle »**

« Si le plan Marshall devait être abandonné parce que les pays européens se seraient montrés incapables de pousser plus loin la collaboration économique entre eux, a déclaré M. Queuille à l'Associated Press, les vieux problèmes ne tarderaient pas longtemps à revenir, et les campagnes démagogiques, de l'extrême gauche comme de l'extrême droite, retrouveraient un terrain favorable.

« Une certaine agitation sociale se fera jour cet automne. C'est inévitable, a poursuivi le président du conseil. Nous avons eu des contretemps. La récolte n'a pas été, pour certains produits, notamment les pommes de terre, aussi bonne que nous l'espérions. Nous avons dû reviser notre programme d'importations. Mais il n'y aura pas cette année, comme l'année dernière, des grèves insurrectionnelles. Les ouvriers savent que la grève politique ne paie pas.

« Quelle que soit la durée du présent gouvernement, les partis qui le forment sont condamnés à se comprendre, a-t-il ajouté. Vous savez qu'en France, les crises ministérielles provoquent des changements d'hommes, mais, à de rares exceptions près, pas de changements de politique. Et si un nouveau cabinet devait succéder, au cours de l'hiver, à celui que je préside, je n'hésite pas à prédire que bon nombre des ministres actuels en feraient partie.

« Nous voyons aujourd'hui communistes et gaullistes en perte de force, a conclu M. Queuille. Si la vie du régime continue à évoluer de façon normale, ceux qui désirent un régime autoritaire seront déçus. »

17. Sep. 1949



Le Monde (Paris)

1445

UNE DÉLÉGATION DE LA C.G.A.
REÇUE PAR M. QUEUILLE

M. Henri Queuille, assisté de M. Pflimlin, a reçu, à 14 h. 30, une délégation de la C.G.A. conduite par son président, M. Pierre Martin.

Avant d'être introduit dans le cabinet du président du conseil le président de la C.G.A. nous a déclaré :

« Nous venons exposer au président du conseil les raisons de la position prise la semaine dernière par la C.G.A.

» Nous pouvons en effet considérer deux phases dans l'année agricole qui s'achève. Jusqu'en mai les accroissements de production ont pesé sur les cours des produits agricoles, et le gouvernement n'est pas intervenu pour arrêter l'augmentation des prix sur certains produits.

» Dans la deuxième phase, où la sécheresse a eu de fâcheuses conséquences sur nos productions au contraire, le gouvernement a très rapidement pris des mesures pour limiter les prix agricoles par des importations massives de produits laitiers et de légumes secs. En revanche, pour ce qui concerne les produits nécessaires à l'agriculture, on en est encore à l'aménagement de plans.

» La paysannerie française réclame pour elle la même situation que celle accordée aux autres catégories professionnelles. Dans le problème des prix et des salaires qui se pose de nouveau, les paysans ne voudraient pas être la partie sacrifiée de la nation. »

13980 - 0042 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur.....

Datum.....

19. Sep. 1948



Le Monde (Paris)

1446

**« JE DOIS DEMANDER
DES SACRIFICES A TOUS »
déclare M. Henri Queuille
aux délégués de la C.G.A.**

Ainsi que nous l'avons annoncé, M. Henri Queuille, assisté de M. Pflimlin, a reçu vendredi après-midi une délégation de la C. G. A.

M. Pierre Martin, qui conduisait la délégation, a déclaré, à l'issue de l'entretien, qu'il avait exposé au président du conseil les raisons de l'attitude prise la semaine dernière par la C. G. A. qu'il préside.

Il a ajouté que la délégation s'était élevée « contre les importations de produits agricoles et viticoles qui ont permis des spéculations honteuses, sans bénéfice pour le consommateur ».

Les délégués se sont déclarés prêts à discuter avec le gouvernement des importations nécessaires pour assurer le ravitaillement du pays. Ils ont protesté contre l'écart anormal qui existe entre les prix agricoles à la production et à la consommation et contre le niveau excessif des prix industriels.

M. Queuille a répondu à ses interlocuteurs que les problèmes agricoles retiennent son attention, mais qu'il était tenu de demander à chacun des sacrifices pour réaliser sa politique de stabilité des prix, de stabilité monétaire et de paix sociale.

M. Pflimlin a d'autre part informé la délégation qu'il soumettra prochainement au gouvernement les grandes lignes d'un programme agricole.

Dès maintenant sont étudiées les possibilités d'importations d'aliments du bétail et de céréales secondaires. Une baisse sur les prix des tracteurs et le principe d'une prime sur le blé pour les départements à faible rendement seraient également envisagés.

~~Henri Vimenille~~

Le Monde (Paris)

1447

UNE DÉCLARATION
AU "MONDE"
DE M. HENRI QUEUILLE

A l'issue de l'entretien qu'il a eu ce matin avec M. Maurice Petsche le président du conseil nous a fait la déclaration suivante :

« La décision prise par la Grande-Bretagne conduit le gouvernement à rechercher les conséquences qu'elle peut avoir au point de vue national comme au point de vue de l'organisation de l'Europe occidentale. C'est le sujet des délibérations du conseil des ministres de cet après-midi »

« Les mesures qui vont être arrêtées seront prises avec le désir de poursuivre l'œuvre de redressement économique et financier que le cabinet s'est fixé comme tâche essentielle. »

« Nous devons poursuivre cette tâche et, à cet effet, garder la possibilité d'augmenter les exportations. Il nous faudra lutter contre un développement possible du chômage, avoir des prix de revient qui puissent concurrencer les prix des produits étrangers, nous imposer certaines disciplines, persévérer dans notre politique, enfin développer et non compromettre les résultats déjà acquis. »

13980 - 0045 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Queuille
P. Henri

Datum

4. Okt. 1949

Hamburger Echo

131

Nr.

Queuille will nicht mehr

Rücktrittsgesuch unterbreitet — Nationalversammlung entscheidet

Paris, 4. Oktober

Obwohl das französische Kabinett am Samstagabend einen Kompromiß über die Lage der Preise und Löhne nach der Abwertung des französischen Franc erzielt hatte, wird die Lage Queuilles doch als recht kritisch betrachtet.

Queuille wird am Mittwochabend eine Rundfunkrede an das französische Volk halten, in der er seine Politik verteidigen wird. Die Sozialistische Partei hat zu Mittwochabend eine Vorstandssitzung einberufen.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Ministerpräsident Queuille am Sonntagabend dem Staatspräsidenten Vincent Auriol sein Rücktrittsgesuch angeboten hatte. Der Präsident habe jedoch das Gesuch abgelehnt und erklärt, es hänge von der Nationalversammlung ab, ob sie die Politik des Kabinetts billige.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 160 - -

Regierungskrise in Frankreich

Kabinett Queuille am Ende

Rücktrittsgesuch an Präsident Auriol
Minister uneinig über Löhne und Preise

Von unserem Berichterstatter

F. S. Paris, 5. Oktober

Ministerpräsident Queuille bot am Mittwochnachmittag wegen Kabinettsstreitigkeiten in der Lohn- und Preisfrage Staatspräsident Auriol seine Demission an. Auriol will am Donnerstag entscheiden, ob er den Rücktritt annimmt.

Man rechnet allgemein damit, daß der Staatspräsident die Demission der Regierung annehmen wird, denn das Parlament wurde bereits vorzeitig aus den Ferien zurückberufen und wird am kommenden Sonnabend wieder zusammentreten.

Nach der französischen Verfassung muß der vom Staatspräsidenten vorgeschlagene neue Ministerpräsident sein Regierungsprogramm der Kammer vortragen. Er benötigt die absolute Mehrheit der Stimmen aller Abgeordneten, um ernannt zu werden, und erst dann kann er sein Kabinett bilden.

Normalerweise müßte Auriol nach den Spielregeln der Vierten Republik einen französischen Sozialisten vorschlagen, da die Sozialisten das Auseinanderbrechen der Regierungskoalition veranlaßten.

Man sieht aber keine Möglichkeit, wie ein Sozialist in der Kammer die absolute Mehrheit auf sich vereinen kann, denn die Sozialisten verfügen nur über 101 von 617 Abgeordneten.

„Überbrückung unmöglich“

Die jetzt in Frankreich offen zutage getretene Regierungskrise ist nicht plötzlich ausgebrochen; sie schwelte seit langem unter der Oberfläche. Sie läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Können Sozialisten und Bürgerliche in Wirtschaftsfragen gemeinsame Politik treiben und in ein und derselben Regierung sitzen?

Im Anschluß an den am Mittwochvormittag stattgefundenen französischen Ministerrat hatte die Regierung offiziell in einer Verlautbarung erklären lassen, daß es „unmöglich sei, die Meinungsver-

schiedenheiten unter den Ministern zu überbrücken“.

Diese Meinungsverschiedenheiten wurzeln in der Lohn- und Preispolitik der Regierung. Die Preise sind in der letzten Zeit ständig gestiegen. Erst der am Mittwoch herausgegebene Preisindex zeigt wiederum eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um 4 vH.

Ministerpräsident Queuille hatte sich am Sonnabend bereit erklärt, die niedrigsten Löhne zu erhöhen. Er selbst war bereit, den Schiedsrichter zu spielen. Die Regelung dieser Frage sollte am heutigen Mittwoch erfolgen; aber der sozialistische Arbeitsminister, Daniel Mayer, lehnte den Schiedsspruch des Ministerpräsidenten ab. Die sozialistischen Minister verlangen eine allgemeine Lohnerhöhung, der sich Queuille und der den Unabhängigen angehörende Finanzminister, Pétache, widersetzen.

Man fragt sich nun, wie eine neue Regierung aussehen könnte. Das Parteidirektorium der französischen Sozialisten wird Mittwoch nacht zusammentreten, und es sind bereits Stimmen einzelner Fraktionen laut geworden, die den Rücktritt aller sozialistischen Minister aus der Regierung fordern. Für den Fall, daß die Sozialisten in der Opposition sind, könnte eine neue Regierung die Mehrheit nur finden, wenn sie sich nach rechts erweitert und wenn alle Gaullisten ebenfalls für die Regierung stimmen, was der Fall sein dürfte.



Foto: Archiv

The Manchester Guardian

Nr. 32130 -

NO GOVERNMENT IN FRANCE

M. Queuille Departs

From our own Correspondent

PARIS, OCTOBER 6.

France is now without a Government. This morning the President of the Republic accepted the resignation of M. Henri Queuille, the Prime Minister. This move, which was universally anticipated, has opened the crisis proper. This afternoon M. Auriol returned to Paris from Rambouillet to begin his search for a new Premier.

The following sequence of constitutional procedure is expected, M. Edouard Herriot, President of the National Assembly, who returned to Paris this afternoon from Lyons in poor health, is now empowered to summon the Assembly through the agency of its bureau. This he will do, but not, it is thought, before Monday.

Meanwhile, M. Auriol, also far from well, will be interviewing candidates for the Premiership and representatives of their various political parties. When he has chosen a successor to M. Queuille, the National Assembly will meet. M. Herriot will first read a letter from M. Queuille announcing his resignation: he will then read a letter from M. Auriol presenting his successor, and after that a letter from the successor requesting that his declared policy be debated by the Assembly. Should the Assembly approve that policy by an absolute majority (311 votes out of 620), the new Prime Minister will be invested.

COMPLEX PROCEDURE

He will then nominate his Cabinet. While the Constitution is crystal clear, its implementation is less straightforward. It is required that the President of the Republic shall first designate as successor to the retiring Prime Minister the leader of the party responsible for his downfall: that is, in this instance a Socialist. It is anticipated that M. Auriol will call either upon M. Ramadier or M. Moch, who are hurrying back from America and Italy respectively.

It seems certain, however, that no Socialist will receive an absolute majority of the House. After a Socialist defeat, the President would possibly call upon M. Schumann (M.R.P.), the present Foreign Minister, who is also in America, but it is hardly likely that an M.R.P. deputy would get the required majority either. At the end of the queue and when the incapacity of the other parties have been displayed, a Radical might be received, faute de mieux, and for a good traditional reason: the Radicals are anti-clerical enough for the Socialists, and economically Liberal enough for the Right. A Prime Minister once invested would, even with Socialists abstaining on certain issues, have a working majority.

On the other hand it is obvious that the Socialists would find a new Parliamentary strength, for while they would not normally choose to be bed-fellows of the Communists, they would nevertheless have the power by voting against it to overthrow any new Government at will.

Die Welt (Hamburg)

Nr. 161 - - -

Frankreich in
Bewegung

Der Rücktritt der Regierung Queuille stellt die parlamentarische Basis der Vierten Republik, das Bündnis zwischen den sozialistischen Qualitätsarbeitern und Angestellten sowie dem laizistischen und katholischen Bürger- und Bauerntum, in Frage. Zu stark sind die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, als daß man annehmen könnte, eine Große Koalition von den Sozialisten bis zur rechten Mitte könnte in wenigen Tagen unter neuer Flagge wieder entstehen. Denkbar wäre sie nur aus Sorgen vor Neuwahlen. Eher ist zu erwarten, daß die Sozialisten in Opposition gehen und eine neue Regierung eine Erweiterung der parlamentarischen Basis nach rechts sucht, also eine Zusammenarbeit mit den Gaullisten, die dazu anscheinend bereit sind.

Eine solche Bürgerblockregierung könnte aber bei den erheblichen sozialen Spannungen sehr bald zu Maßnahmen gezwungen werden, die die Arbeiter als faschistisch empfinden würden. Neuwahlen, die für 1951 vorgesehen und vorher nur unter gewissen Voraussetzungen, so erst nach dem Scheitern einer neuen Regierung, möglich sind, würden das Bild nicht nennenswert ändern.

Eine parlamentarische Klärung wird erschwert, weil die sozialrevolutionären Elemente auf den Plan getreten und offensichtlich gewillt sind, die Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Diese sozialrevolutionären Elemente sind nicht nur die Gaullisten, die in den letzten Wochen ihre Propaganda gegen den „Immobilismus“ der Regierung Queuille so verschärften, nicht nur die Kommunisten, die sich auffallend zurückhielten, sondern auch die sozialistischen Gewerkschaftler der Force Ouvrière.

Diese „Reformisten“ mußten befürchten, daß sie bei der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiter von den kommunistisch beherrschten CGT-Gewerkschaften überspielt werden. Sie wollten dieser Gefahr durch radikale Forderungen entgegen und verlangten, daß die Kaufkraft der Arbeiterbevölkerung um 15 bis 20 vH erhöht wird.

Die Arbeiter sind unzufrieden, weil die Löhne weniger stark gestiegen sind als die Preise, das Leben für sie noch nicht wieder so leicht ist wie vor dem Kriege, während es andere anscheinend besser haben, und weil so viele Versprechen unerfüllt bleiben. Nun droht, daß vorwiegend die Arbeiter die Kosten der Abwertung tragen sollen und daß andererseits die Abwertung mit sich gegenseitig bedingenden Lohn- und Preiserhöhungen in eine Inflation einmündet.

Ein Erfolg der Abwertungs politik ist nur bei einem engen Einvernehmen mit der Arbeiterschaft möglich. Dieses Einvernehmen konnte die Regierung Queuille nicht herbeiführen. Es ist nicht ersichtlich,

wie es eine Regierung schaffen soll, die mit der schärfsten Opposition der französischen Arbeiter rechnen und speziell befürchten muß, daß die Arbeiter auf die Straße gehen und dabei zu allen Opfern bereit sind.

Außenpolitische Erwägungen haben bei dieser Krise keine Rolle gespielt. Aber außenpolitische Konsequenzen werden nicht ausbleiben. Wenn Frankreich in den letzten Monaten auf dem internationalen Parkett wieder stärker in Erscheinung trat, so verdankte es dieses weitgehend der klaren und ruhigen Linie der jetzt zurückgetretenen Regierung und den beiden Ministern, die neben dem Chef die stärksten Persönlichkeiten waren, dem Finanzminister Petsche und dem Außenminister Schuman. Auch wenn beide der neuen Regierung angehören sollten, werden sie doch nicht mehr mit derselben Autorität auftreten können wie bisher.

Die jetzt zurückgetretene Regierung galt als die erfolgreichste der Nachkriegszeit. Sie hatte dank dem Verlangen der Franzosen nach Ruhe und Zufriedenheit für die auffallend lange Zeit von 12 Monaten und 3 Wochen die Möglichkeit, sich um eine neue wirtschaftliche Basis zu bemühen, die politischen Leidenenschaften zu beruhigen und Frankreichs internationale Position zu stärken. Weiten Kreisen erschien der 65jährige Landarzt und begeisterte Landwirt aus Mittelfrankreich mit seiner Klugheit, Milde und Güte, mit seinem Verzicht auf flammende Reden, heroische Taten und autoritäre Staatsführung als Repräsentant des ewigen, maßvollen Frankreich, des gesunden und klugen Bauerntums.

Aber wie etwa Doumergue, der 1934 die Dritte Republik gegen die damals aufflackernde faschistische Gefahr schützen sollte, mußte auch Henry Queuille erfahren, daß der Probleme zuviel sind, die sich nicht von selbst lösen, und daß neben den breiten Schichten des Mittelstands, die sich fern von Staat und Politik am wohlsten fühlen, mit energischer Stimme sich die melden, die sich benachteiligt fühlen, und die, aufgewachsen in der Tradition eines Gambetta und Clemenceau, eines Sorel und Jean Jaurès, gebieterisch ihre Rechte verlangen.

BEDAUERN

„New York Times“ (dem.-unabh.) vom 6. Oktober

Die Queuille-Regierung hatte mit uns und mit Großbritannien eine Anzahl von Meinungsverschiedenheiten. Im großen und ganzen gesehen war es jedoch eine Regierung, die gut in das Gefüge der westlichen Demokratien paßte. Die Tatsache, daß dieses Kabinett über die Abwertungsfrage gestolpert ist, sollte in Washington und an anderer Stelle, wo man dazu neigte, in der Abwertung einen sicheren Schritt in Richtung auf die wirtschaftliche Genesung Europas zu sehen, nachdenklich stimmen.

SYMPATHIE

„Daily Mail“ (kons.), London, vom 6. Oktober:

Wenn wir vor unserer Abwertung in gegenseitiger Fühlungnahme und gemeinsamer Planung die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen getroffen hätten, wie sie uns die Franzosen vor der Franc-Abwertung anboten, dann hätte man jenseits des Kanals nicht nur eine neue Krisis vermeiden können, sondern darüber hinaus noch etwas Positives erreicht.

Queuille, der einen schwierigen und dennoch erfolgreichen Weg eingeschlagen hatte, verdient größte Sympathien. Ihm traten Hindernisse in den Weg, an denen er selbst keine Schuld hatte.

DRUCK

„Le Figaro“ (kons.), Paris, vom 6. Oktober:

Der Rücktritt Queuilles ist das Ergebnis des Drucks der Gewerkschaften. Die gleiche Erscheinung kann man in England und in den USA beobachten. Man kann nicht mehr länger gegen die Gewerkschaften oder auch nur ohne sie regieren.

7. Okt. 1949

Der Tages-Spiegel (Berlin)

Anzahl Informationen

Nr. 1230

Queuille Opfer der Abwertung

66. Die Demission des Kabinetts Queuille hätte der Vierten Republik erspart werden können. An dem Rücktritt trägt Downing Street ein gut Teil Schuld. Ohne den Nachbarn zu Rate zu ziehen, vollzog London die Devaluation. Die englische Presse sucht das egozentrische Verhalten der Regierung gegenüber Paris damit zu entschuldigen, daß sie auf die Notwendigkeit der Geheimhaltung hinweist. Daß man auf die Konsultation verzichtete, erschien Frankreich als Beweis mangelnden Solidaritätsgeistes. Die Abwertung des Pfundes hat das von Premierminister Queuille und Finanzminister Petsche notdürftig stabilisierte Lohn- und Preisgefüge stark erschüttert. Seit einigen Wochen schon hatte das Kabinett kein festes Fundament mehr. Die Spannung rührte aus der scheinbar unversöhnlichen Gegnerschaft zwischen Petsche und dem sozialistischen Arbeitsminister Mayer her. Ihr lag die für die Vierte Republik traditionelle Situation zugrunde: der den liberalen Flügel repräsentierende Petsche bestand auf Lohnstop. Mayer, seiner Partei und der antikommunistischen Gewerkschaft Force Ouvrière, aber auch den christlichen Arbeiterverbänden verpflichtet, ging von der Forderung auf Lohnerhöhung für die schlecht bezahlten südfranzösischen Arbeiter nicht ab. Zu Beginn der Woche noch schien es, als gelinge ein Kompromiß. Queuille und Petsche verstanden sich zu einer Preissenkung für einige Konsumartikel und waren auch bereit, die Wünsche des sozialistischen Kabinettsmitgliedes zu erfüllen. Mayer stimmte, ohne — wie man vermuten darf — die Partei und die Gewerkschaftsführer befragt zu haben, grundsätzlich der Lohnstoppolitik zu.

Wenn sich Queuille dennoch zum Rücktritt entschlossen hat, so wird man den Grund dafür sowohl in der Intransigenz der Force Ouvrière als auch in der ablehnenden Haltung des privaten Unternehmertums zu suchen haben, die beide den Kompromiß für nicht akzeptabel gehalten haben mögen. Es ist allerdings nicht einzusehen, inwiefern sich die Schwierigkeiten derart leichter meistern lassen. Für eine neue Regierungsbildung bieten sich nur die Volksrepublikaner, die Radikalsozialisten und die Sozialisten an, jene Parteien also, auf die sich Queuilles Kabinett bisher gestützt hat. Zwar hat sich de Gaulle gerade in diesen Tagen mit den bekannten Vorwürfen gegen das „altersschwache Parteien-Kabinett“ vernehmen lassen, aber die Namen der „Sammlungsbewegung“ sind gering.

Die Lösung scheint nun nicht mehr in dem so oft geübten Verwechslungsspiel zu liegen, das einen Minister auf den Platz des anderen rücken läßt. Eine Koalition, die die Sozialisten ausläßt und die sich allein auf Volksrepublikaner und Radikalsozialisten stützt, ist nicht

regierungsfähig, denn die vereinte Opposition von Sozialisten und Kommunisten würde ihre Aktionsfähigkeit von vornherein lähmen. Aussicht kann ein Kabinett des sozialen Ausgleiches haben, wie es unvollkommen in der „Volksfrontregierung“ Léon Blums bestanden hat. Erfolgreich wird es aber nur dann sein, wenn sich die soziali-

stischen Kabinettsmitglieder nicht von der Force Ouvrière bevormunden lassen. Von den unabhängigen Gewerkschaften wiederum möchte man hoffen, daß sie sich gegenüber den „kameradschaftlichen“ Einflüsterungen der kommunistischen Gewerkschaft CGT standhaft zeigen.

13980 - 0050 000

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur

Onewille,
Henn

Datum

17 Sept. 1949

The Statist (London)

№ 3 732 ≡

A FRENCH GOVERNMENT'S BIRTHDAY

ACHIEVEMENTS AND PROSPECTS OF M. QUEUILLE

[FROM OUR PARIS CORRESPONDENT]

M. HENRI QUEUILLE, having remained an entire year at the head of the Government of the Fourth Republic, has done better than any one of his eight predecessors in resisting the instinct deep-rooted in French politicians and their electors to turn out Ministers as soon as they begin to feel comfortable in their seats. As Premier he now holds the record for longevity. If the period be extended back to the Liberation, he must yield title to General de Gaulle, but during the fourteen months in which the General guided her destinies France was without a Constitution, for she had turned her back on that of the Third Republic and found considerable trouble in deciding what should be that of the Fourth. No sooner had the Fourth begun its career than the heads of Ministries began

wenden!

to fall in quick succession. Coalitions including the Communists were discarded for coalitions without them, but the maximum tenure of office was ten months, while the minimum was a few days. M. Queuille succeeded one of the shortest-lived Premiers in the series, and nobody a year ago would have staked much on his chance of surviving twelve whole months. But President Vincent Auriol made a wise or a lucky choice or both when he called on this unaggressive but experienced Radical-Socialist, whom politics long ago seduced from medicine, for the unenviable task of forming a Ministry of all parties except the Communists and keeping it together in face of a situation which seemed to render economic and political instability equally inevitable.

As M. Queuille has been reminding an interviewer, France was then sliding swiftly to disaster down the slope of inflation and had to be halted before she could even think of climbing up it again. It is his outstanding merit to have halted the process of economic disintegration. It is undoubtedly because he did so that he has survived to this day without even the change of a single of his Ministers. It is the very fact that France has attained relative economic stability which he now uses as effective retort to the charge brought of *immobilisme* against him so deftly a couple of months ago by M. Reynaud and others—a charge which he escaped by the barest of majorities in the National Assembly. To-day there is no denying that to this quiet, likeable, straightforward, sensible grey-haired little man it is due that France has ceased to be the problem child of Europe's doctors, American and other, so that, for example, the eyes of speculators are turned on the pound instead of the franc and a British delegation instead of a French leads the latest trek to Washington.

It was thought fitting, if not by M. Queuille at least by certain of his Ministers, that the first anniversary of the Government should be the occasion for a public statement on its achievements. The statement cites figures to show how industrial production and external and internal commerce have improved, together with the valuation of the currency in terms of gold or the Swiss franc, how prices have been stabilised, and how current expenditure has been made to run parallel with revenue. A summary calculation based on statistics in September, 1948, and the latest that are available shows indeed a difference in the wholesale price levels of only $3\frac{1}{2}$ per cent., a decline in the free official quotation of the gold louis of 15 per cent., a rise in industrial output of 20 per cent. The secret of M. Queuille's success lies in the combination of a policy of blocking wages (after an initial readjustment); a natural development of industrial production dispelling one scarcity after another, exterminating black markets and enabling the Government to abandon controls; a bumper harvest, sending food prices rapidly downward; and the beneficent inflow of dollars under the Marshall plan. Luck, in other words, accompanied courage and sound common sense, but that is not said to depreciate the courage the Government showed in resisting the organised Communist attempt last November to paralyse the national activities by a general strike, beginning in the coalfields and extending by deliberate design to one other industry after another, or the same qualities it has shown in dealing with the more subtle forms of attack, as varied as ingenious, to which it has since been subjected. M. Queuille would surely be the last to deny the role which fortune played in the game in the shape of the weather or American generosity or the regression of Communist influence in neighbouring countries. But the observer must be no less fair than he is, and fairness dictates the award to him of the credit which is not Fortune's due.

However, the observer will also be as fair as M. Queuille in admitting that there are still clouds on the horizon. He must confess that stability is still fragile. The Premier in the interview already mentioned dwelt on the renewal of pressure for relaxation of policy of restriction of credit (on which the Government has relied all along as one of the weapons to halt and then lower prices) and for another readjustment of wages. All three federations of labour—Communist, Socialist and Christian Democrat, are or are likely to be in the coming campaign, in which the first shots have already been fired; and that alone proves that

something needs adjustment in the economic structure. Even the farmers are preparing, through their union, to challenge the Government.

It is mainly because agricultural prices, once far ahead of industrial, have fallen unduly below them, and that by reason of the damage done by the drought to certain farm products, but not cereals, there is a slight tendency for such products to rise in price apart from the normal seasonal increase. A few months ago a moderate rise in unemployment, together with the repercussions of the American recession, led to talk of coming depression. The fear has not been borne out by recent developments, and what recession in activity there has been is little more than was to be expected in the transition from price inflation to price stability. But there is no denying that industrial prices have most obstinately resisted both natural and artificial pressure. The farmer awaits compensation for the lower prices he receives for his produce. The urban worker, apt to forget the benefits of social security and family allowances, looking on statistics which show wages far from corresponding to the rise of prices above pre-war, finds himself paying more rent (in which respect, incidentally, the Government has also shown courage enough to tackle a situation that could only be called fantastic), and higher public service charges, and so is apt to reflect that the wage readjustment of a year ago has done him no good. The middle classes, the real victims of inflation here as everywhere else, begin to forget the nightmare of rising prices, and clamour for relief.

Here, then, is a body of discontent which has already prompted the Government to renewed efforts to get down the prices of clothing, household utensils and farm implements. These efforts at the moment take the form of removing obstacles to imports of these things, as well as of certain foods. The results have yet to be seen, but it may as well be admitted forthwith that the habit of high profits, also a product of the inflation, will die hard with the producer, agricultural or industrial, no less than with the merchant, and that perhaps in the end the remedy will have to be found in excess of production and menace of unemployment.

There is another cloud on the horizon, not mentioned in the official review of achievements. It is the still big dollar gap and the growing sterling gap. Statistics show a remarkable improvement in the balance of trade, but it is due to the substitution of a surplus for a deficit in trade with other zones than these two. Estimates of the dollar deficit in 1949 are \$737 million, and of the sterling deficit \$410 million, whereas the surplus *vis-à-vis* other countries is only some \$200 million. Directly and indirectly Marshall aid will save the situation for a while.

And a third cloud is, of course, the stagnation of the capital market, whose revival in 1950 or 1951 at latest is indispensable to political, financial and economic stability, unless it be supposed that the American private investor will step in when his Government steps out. Reconstruction, not to mention re-equipment, implies vast continuous demands for capital over many years. The Frenchman has, perhaps, ceased to increase his hoards of gold and dollars, has even begun to liquidate a fraction. But unless confidence returns to the currency in such measure as to produce de-hoarding on a large scale trouble lies ahead. That is one of the reasons why M. Queuille and all honest Frenchmen know so well that prices cannot be allowed to start rising again and therefore all but the most moderate wage readjustments must be opposed. A renewal of inflation would likely spell disaster for the democratic methods which M. Queuille has proved capable of halting inflation. It would likely bring in some sort of experiment in autocracy, Communist or other. And the Premier once again displays his common sense when he says that in France opinion is so varied that no single party can assume charge of its government under a democratic régime, and that in consequence continuance of coalition government is the only hope of salvation. "Frenchmen," as he puts it, "by a spirit of comprehension and tolerance must create the atmosphere of concord and peace without which no collective life is possible." In these words is there not, perhaps, a ring of something more than common sense? Is it the ring of statesmanship?

The Manchester Guardian

Nr. 32129

M. QUEUILLE HANDS IN HIS RESIGNATION

Break with the Socialists

DISPUTE OVER WAGE RISES BRINGS CRISIS TO A HEAD

FROM OUR CORRESPONDENT

PARIS, OCTOBER 5.

France's "cold crisis" has at last come to the boil. M. Henri Queuille, the Prime Minister, handed in his resignation to the President of the Republic, M. Vincent Auriol, at Rambouillet late this afternoon. In a statement to journalists as he left the chateau M. Queuille said that M. Auriol would not finally decide whether to accept his resignation until midday to-morrow.

The President, said M. Queuille, had raised certain objections to his resignation, to which he had replied with all the persuasiveness at his command. He added that the National Assembly would probably meet on Saturday, but said he did not consider himself competent to come before it still as Prime Minister on account of the fundamental rift within his Cabinet.

M. Queuille announced his resignation after a short meeting of Ministers this morning. His decision was not unexpected after M. Daniel Mayer, the Minister of Labour, had finally refused, in a strongly worded letter, to associate himself with M. Queuille's and M. Petsche's provisional settlement of the problems of wages and prices. The terms of M. Mayer's letter left no doubts in M. Queuille's eyes as to the inevitability of a clean break between the Socialists and himself.

The Prime Minister had been scheduled to make a broadcast statement this evening and it was probably in connection with the terms of this that M. Mayer finally disassociated himself from his chief, for it was not altogether clear whether the Prime Minister would commit himself to the

raising of abnormally low wages, a question which affects some 500,000 workers.

SOCIALISTS' DECISION

When it became certain that M. Queuille's policy envisaged a rise only for under-employed workers occupied for less than 32 hours a week, M. Mayer could no longer support the general principle of stabilisation contained in last Saturday's Cabinet communiqué. Now the pressing political question is whether the Socialist party, which numbers 100 deputies or about one-sixth of the House, will find itself able to participate in a new "mixed" Government.

Participation can presumably only be in return for certain minimum wage concessions. If, however, as is more probable, the stabilisation policy of M. Petsche and the Radicals wins the day and the Socialist policy is defeated in the Assembly, the Parliamentary problem will be to collect a working majority for a new Prime Minister with the Socialists out of the Government.

If no stable majority can be found a dissolution, for which two votes of "no confidence" against successive Governments in the Assembly are constitutionally required, must surely follow. To what extent a given party will thwart the construction of a fresh coalition will naturally depend on its own estimation of its present electoral strength.

GAINING PRESTIGE

The Mouvement Républicain Populaire previously stated that it would enter no Government of which the Socialists were not members. The party's attitude, however, during this crisis has not been such as to suggest that a Socialist withdrawal from the Government would

automatically carry it along. Rather, it is believed in many quarters, that a situation might arise in which the Socialist party, while remaining outside the Government, would support a new coalition of M.R.P., Radicals, and Right parties, except on certain issues, in which cases it would abstain.

Arithmetically such an arrangement would not definitely preclude a new Prime Minister's gaining a majority against Communist and Gaullist opposition; although the abstention of the Socialist party in a mass would make an absolute majority, which the Constitution requires in certain circumstances, impossible.

A withdrawal would probably benefit the Socialists electorally. The general election of 1951 is still far ahead; nevertheless the Socialist deputies have much uphill work before them in order to restore their wilting prestige as a working-class party. A "correct" attitude towards the problem of wages would undoubtedly regain them some of their prestige.

POSSIBLE SUCCESSORS

Against this, the two most successful Socialist Ministers, M. Moch and M. Ramadier, now in Italy and the United States respectively, will possibly not be eager to resign. A Socialist withdrawal is also advocated by those less interested in Socialist fortunes, on the grounds that it would be in the national interest if France had a strengthened non-Communist Opposition party after the next election.

It has been the opinion of M. Auriol that the Government's fate should be decided in the Assembly. Things, however, seem to have come to such a pass that the president will be compelled to call immediately on a successor to M. Queuille, who will have to be invested as the new "president of the council" by the National Assembly when it meets. People are wondering if that successor will perhaps be M. Robert Schuman (M.R.P.), the present Foreign Minister. M. René Mayer, Radical, is another candidate, although M. Queuille is perhaps unlikely to have a Radical successor for psychological reasons.

There are no indications so far that this long and subdued crisis will be an occasion for violent popular agitation or for a general strike. Force ouvrière, the Socialist trade union body, has kept well clear of the political angle. Its secretary-general said to-day: "Our organisation is non-political. We are therefore indifferent to the fall of this or that Ministry, but we could not remain indifferent if a cascade of successive Ministries were to endanger the regime itself. All we may hope for is that a new Government will be formed immediately which can seriously tackle the wages problem."

NO BIG REVOLT

The Communist-controlled C.G.T., in a letter to the Christian unions published to-day, characteristically remarked that "an equitable solution

of the problem of wages and prices can be attained only through the pressure of a vast movement arising from the depths of the world of labour."

Fortunately for democracy, it is precisely this mass impetus which is lacking in France to-day. It seems none the less certain that the economic measures proposed by M. Queuille will have to be modified in favour of labour if France is to continue the period of stable government which she has enjoyed during the past year. Official statistics based on the retail prices of 34 items have shown a 4 per cent rise in the cost of living during September. During the past 15 days, moreover, the price of meat has gone up sharply in the Paris market.

13080
Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

g.) Gréville
Herr

- 7. Feb. 1950

The Manchester Guardian

No 32233

M. BIDAULT STILL SEARCHING

Help from M. Queuille

From our own Correspondent

PARIS, FEBRUARY 6.

M. Bidault to-day continued his negotiations with a view to replacing the five Socialist Ministers and the four Secretaries of State whose resignation has threatened to destroy his Coalition Government.

M. Queuille has now definitely agreed to occupy the Ministry of the Interior (Radical). Apparently, M. Bidault had originally thought of putting a member of his own party of the Government's Ministry, but the Socialists (who must still be considered as they form an essential part of the Government's majority though outside the Cabinet) objected strongly against even the suspicion of Clerical influence in the Ministry which defends Republican institutions. There is some speculation as to the conditions which the Radical party may have made before agreeing that M. Queuille should occupy this Ministry. It is probable that they have insisted upon the question of electoral reform being at least discussed by the Assembly.

There is considerably less opposition than there was in the M.R.P. to the abandonment of the present rigorous system of Proportional Representation. The Socialist party is certainly willing to consider alternative electoral systems. None the less this question may easily lead to substantial disagreement between different sections of the majority.

M.R.P. ANXIETY

In the M.R.P. the prospect of governing without the Socialists and the consequent danger of becoming classified as a Right-wing party has aroused much anxiety. There is a good deal of bitterness at the behaviour of the Socialists.

M. Teitgen (Minister of State in the present Government) is reported to have made the following comment while addressing a private meeting of women of his own party:

"Everyone standing at the roadside enjoys laughing at those who carry the responsibilities of power. For some politicians the temptation to wash their hands like Pontius Pilate is very great. The Socialists have succumbed to it."

These words have been denied since they were published, but they have been given sufficient currency to illustrate the atmosphere in which the discussions are taking place.

M. Dulin (Radical) has expressed his regret at the Socialist departure with rather more urbanity, but as urged that all Republicans should stand together at present.

The Socialists are evidently distressed by these comments. They declare that it is natural for them to have left the Government over the question of the working man's purchasing power, and add that they will demonstrate by their attitude in the Assembly that they are fully aware of the need for Republicans to stand shoulder to shoulder. The sincerity of the last sentiment need not be doubted, but many observers feel that without the ties of common responsibility in the Government it will be difficult to prevent the divergencies between the Socialists and the other parties of the coalition from widening.

A GAULLIST SPEECH

Meanwhile, General de Gaulle, who has been speaking in the north, has declared that he is ready to discuss with those in authority the necessary measures for new elections. He is to address a mass meeting in the Vélodrome d'Hiver in Paris (the largest auditorium in the country) next Saturday and his committee announces that the speech will be of particular solemnity in view of the national and international situation.

P. Feneville

The Times (London)

1. Juli 1950

N^o 51732

M. QUEUILLE ON THE CRISIS

PLEA FOR INTERNAL UNITY

CIVIL SERVICE CLAIMS

From Our Own Correspondent

PARIS, JUNE 30

When M. Queuille mounted the dais in the National Assembly amid applause this afternoon to read his statement of policy on the opening of the debate for his election as Prime Minister he said that the international situation, after a long period of tension, had suddenly grown worse. The aggression against South Korea had provoked feelings of reprobation of which the Security Council had been the mouthpiece in the name of the United Nations. There was fresh applause when he continued: "This war gives the measure of the sincerity of the peace campaigns of which the friends of the aggressors are the faithful propagandists." Applause broke out again when he said that the principle of collective security was being applied for the first time, and that all the democracies would combine to ensure the triumph of the forces of peace over those of war.

France, he went on, must take heed of the warning which came to her from the other end of the world. Her circumstances and her history involved tasks which could be fulfilled only by the widest possible unity at home. This would also give maximum strength to M. Schuman's happy initiative by which the requirements of national interests and the construction of a united Europe could be reconciled. He added, amid further applause, that he hoped that Britain would not be absent. M. Queuille, though apparently fully endorsing the Schuman proposals, introduced a reference to prudence in economic negotiations which suggested a more cautious approach than that of the preceding Government.

CIVIL SERVICE CLAIMS

He then passed to the specific internal problem which had led to the defeat of M. Bidault, to whom he paid tribute. He acknowledged France's remarkable economic recovery since the war, and held out a hand to the Socialists by mentioning the Government's responsibilities towards the Civil servants and ex-service men, but he balanced it by defining the attitude he would adopt if their claims, however justifiable, were to threaten the stability of the currency. "I will uphold the balance of the budget," he said. The budget must not be upset by subsequent votes on ways and means.

He expected these aims to be reconciled by a little boldness in economic policy and great vigour in the control of spending—a clear allusion to the evidence of waste of public funds set out in the latest report of the Court of Accounts. He proposed to provide for further economic expansion by a careful easing of the Government's credit policy, adding: "It would be absurd if no positive solution were found in the face of a threatening [economic] crisis, the artificiality of which was proved by the vast requirements for reconstruction, housing, and industrial and agricultural equipment." The aim of this policy must be to ensure full employment; and M. Queuille added a promise to speed up the work of the committee which is determining the minimum living wage.

APPLAUSE WITHHELD

The Mouvement Républicain Populaire joined with the Communists in withholding applause when he spoke of electoral reform. If, he said, no general agreement had been reached by the Assembly on a new electoral law, he would table a Bill in October which would allow Frenchmen to "express themselves clearly for the Republic, against personal rule, and against so-called popular democracy." The ambiguity of these terms provoked general laughter; but electoral reform implies rejection of the present system of proportional representation, dear to the M.R.P. and the Communists. M. Queuille said that the constitution also needed amending, especially in regard to the procedure for finding a new Government and effecting compromises between the Assembly and the Council of the Republic.

When M. Queuille finished his statement applause was noticeably cooler among the M.R.P. than among the other parties. The Communists, as ever, formed an irreconcilable opposition.

Queuille
P Henri

1. Juli 1950

Die Welt (Hamburg Nr 151

Queuille stellt sich der Kammer

F. S. Paris — Fünfzehn Minuten dauerte die Verlesung des Regierungsprogramms von Henri Queuille, der sich als neuer Ministerpräsident Frankreichs am Freitag der Nationalversammlung stellte. Als ersten Punkt behandelte Queuille den Schuman-Plan. Er erklärte: „Im Augenblick der internationalen Spannung ist ein Waffenstillstand zwischen den politischen Parteien Frankreichs absolut notwendig. Diese Einheit wird der glücklichen Initiative von Robert Schuman mehr Kraft verleihen und uns eine größere europäische Harmonie bringen.“

Queuille appellierte an alle demokratischen Länder, das Vorgehen der Vereinigten Staaten und Großbritanniens im Fernen Osten zu unterstützen, da dies die „beste Garantie für die Zukunft der zivilisierten Welt“ sei. Der Korea-Krieg müsse für Frankreich eine Warnung sein.

Für die Forderungen der Parteien hatte Queuille viel Verständnis. Nur von den Gaullisten und Kommunisten hat er sich entschieden distanziert. Bereits vor der Sitzung der Nationalversammlung bestand kein Zweifel mehr darüber, daß Queuille die benötigte Mehrheit von 311 Stimmen erhalten würde.

Queuille

Flouri

The Economist (London

- 1. Juli 1950

N^o 5575

M. Queuille Tries Again

There now seems a very good chance that France will not after all be condemned to face the perils of these days with no helmsman for the ship of state. The fall of the French Government last Saturday—in the midst of two vital conferences, on the Schuman plan and on the federal structure of Indo-China—was inconvenient enough. It bordered on the disastrous when, on Sunday, the news of the invasion of South Korea burst over Europe. The smallness of the issues which brought about the disintegration of M. Bidault's support in the assembly only underlined the degree to which parliamentary life had become out of touch with the magnitude of contemporary events.

The principal cause of M. Bidault's failure to secure a majority on his vote of confidence was the refusal of the Socialists—who, though out of the government, form a solid bloc of the government's voting strength—to support him further. They had urged higher salaries for civil servants and both M. Bidault and M. Petsche refused to increase the

budgetary deficit in order to satisfy them. But the actual members of the coalition government also had their grievances. The Radicals and the MRP were at loggerheads over the issue of electoral reform, the MRP upholding, the Radicals attacking, proportional representation. The question of state subsidies to church schools was another point of conflict. M. Bidault himself no longer commanded much strong personal loyalty. All in all, the coalition must be said not so much to have fallen as simply to have come apart.

Fortunately for France, the Korean crisis has had a stiffening effect. M. Queuille has been accepted as prime minister and the Socialists, the chief executioners of third force cabinets, are reported to be ready to rejoin the coalition they left in February. The issue of civil service wages will probably be the subject of a compromise agreement. Electoral reform is to be shelved. France seems sure of a government at least until after the holidays. And in a country where only the provisional survives, M. Queuille's staving power combined with the uncertainty of his tenure of office offer some hopes of stability.

2. Juli 1950

Neue Zürcher Zeitung

Nr 179

Henri Queuille vor der Nationalversammlung Programmatische Erklärung

Tel. unseres Korrespondenten

R. C. Paris, 30. Juni

Die Debatte in der Nationalversammlung, die der Investitur Henri Queuilles vorausging, hat unter der Zersplitterung gelitten, da sich eine ganze Reihe von unbedeutenden und wenig repräsentativen Rednern vordrängte und die Tribüne stundenlang besetzt hielt, bevor die Vertreter der großen Parteien zu Wort kamen. So verschoß z. B. ein Außenseiter wie der ultranationalistische *General Aumeran* seine ganze Munition gegen den Schuman-Plan, „eine Gefahr für Frankreich, weil es von seinem treuen Verbündeten England getrennt wird und sich seinem Feind Deutschland in die Arme wirft“. *Senghor*, ein schwarzer Abgeordneter von Senegal, der die Zwergfraktion der überseeischen Unabhängigen führt, ritt auf dem indonesischen Problem herum und verweilte bei der Notwendigkeit von Reformen in Tunesien. Resigniert und etwas gelangweilt hörte sich die Nationalversammlung diese Ausführungen und die gleichfalls wenig belangreichen Exkurse anderer Redner an. Die Gewißheit, daß Queuille mit großer Mehrheit die Investitur als Ministerpräsident erlangen werde, so daß er das Wochenende der Zusammensetzung seiner Ministerliste widmen kann, nahm der Sitzung jegliche Spannung.

Klar und einfach fiel die *programmatische Erklärung Queuilles* aus, die nur 12 Minuten dauerte und etwas darunter litt, daß der künftige Ministerpräsident seine Sätze mit zu leiser Stimme vom Manuskript ablas. Er bekannte sich zur Solidarität mit den demokratischen Mächten, die im Rahmen der Vereinigten Nationen den gegen *Südkorea* gerichteten Angriffsakt zurückweisen und auf diese Weise „den Friedenskräften das Uebergewicht über die Kriegskräfte geben“. Darin erblickt Queuille einen ersten und wirklichen Erfolg, den das Prinzip der kollektiven Sicherheit gewinne. Der Anwärter auf die Ministerpräsidentenschaft gab sich als Anhänger des *Schuman-Plans* zu erkennen, der dem Aufbau Europas und dem harmonischen Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen diene. Ausdrücklich sprach Queuille die Hoffnung aus, daß England nicht dauernd außerhalb des Kohlen- und

Stahlkonsortiums bleiben werde.

Das innenpolitische Programm Queuilles fordert die Verteidigung der französischen Währung durch die Sicherung einer gesunden *Finanzpolitik*. Er bewegt sich in den Fußstapfen Bidaults, wenn er erklärt, den Forderungen der Beamten und der ehemaligen Frontkämpfer, die nach einer Erhöhung der Pensionen rufen, könne er nur soweit entgegenkommen, als das Budget nicht aus dem Gleichgewicht geworfen werde. Wenn Queuille sich zu einer Kreditausweitung innerhalb mäßiger Grenzen bereit erklärt, so gibt er einer Stimmung nach, die bei den Mehrheitsparteien so gut wie überall die Oberhand gewonnen hat.

Mit seinem Bekenntnis zum Gedanken einer *Wahlreform* gab der Redner dem Hauptanliegen der Radikalen Partei Ausdruck. Auf die Erörterung von Einzelheiten ließ er sich nicht ein; er wies aber auf die Notwendigkeit hin, die Voraussetzungen für die Errichtung „einer zusammenhängenden Mehrheit“ zu schaffen. Damit wird angedeutet, daß das Ziel der Reform wenn nicht eine Beseitigung, so doch eine Zurückdrängung des Proporzsystems sein wird. Die neue Regierung wird abwarten, ob die Initiative aus der Mitte der Nationalversammlung kommt. Bleibt es auf diesem Gebiet bis zum Oktober still, so wird die Regierung selber mit einem Gesetzesentwurf hervortreten. Queuille erntete eine Beifallskundgebung in der Mitte und bei der gemäßigten Rechten, als er gleichzeitig vom Gaullismus und von den Kommunisten abrückte und der Wahlreform das Ziel setzte, „die Republik gegen persönliche Machtgelüste und gegen die sogenannte Volksdemokratie zu schützen“.

Eine für die Beurteilung der kommunistischen Taktik nicht ganz belanglose Einzelheit: Die Kommunisten verhielten sich mäusehenstill, als Queuille dem Eingreifen der westlichen Welt in den *Korea-Konflikt* die *Unterstützung Frankreichs* zusagte. Duclos und Thorez blieben regungslos und mit geschlossenen Augen sitzen und ihre gehorsamen Heerscharen befolgten das Beispiel. Auch am Schluß der programmatischen Erklärung, die keinen Zweifel bestehen läßt, daß es bei der geplanten Wahlreform auch um eine Schwächung des kommunistischen Einflusses im Parlament geht, verzichtete die äußerste Linke auf jegliche Demonstration.

Die Abstimmung

Paris, 1. Juli. ag (AFP) Die französische Nationalversammlung hat sich mit 363 gegen

wenden

P. Queuille,
Herrn

-3. Juli 1950

The Times London

N^o 51733

M. Queuille's Team

M. QUEUILLE, the new French Prime Minister, announced last night that he had succeeded in forming a Cabinet. The political crisis in France, which began a week ago with the defeat of M. BIDAULT'S Government on a vote of confidence in the National Assembly, has thus been solved with welcome dispatch. The last crisis, in October, 1949, lasted four weeks and almost brought the régime itself into question. This one also seemed likely to be prolonged owing to the refusal of the Socialist Party, an essential component of the "third force" parliamentary majority, to share the responsibilities of office.

In the event the Korean aggression shocked the parties into a more cooperative mood, although M. QUEUILLE was still unable to enlist the Socialists in his Ministry. He has had to broaden the basis of the Government towards the right. M. REYNAUD, who with his Radical followers was more often in opposition than otherwise to the previous Government, comes in as Minister for the Associated States. More surprisingly, M. QUEUILLE has drawn upon the Gaullists for the Minister who is to be in charge of the Civil Service and of administrative reform. With the votes gained on the right, M. QUEUILLE is not dependent on the general Socialist support which, as M. BIDAULT discovered last week, can be precarious.

M. QUEUILLE headed the longest lived of all the Governments of the Fourth Republic. That was the Radical-M.R.P.-Socialist coalition that came to office in September, 1948, and remained there for thirteen months. Under its administration France made great strides to economic and political stability. M. QUEUILLE returns to office on a programme that, in the controversial field of economic and labour questions, is a statement of principles to which all the coalition and even the Socialists can readily subscribe. Unfortunately it is on their application in detail that the cooperation between the parties breaks down so frequently. New elections might provide a majority capable of pursuing a coherent policy without the repeated crises that so much damage the prestige of the Republic at home and abroad. But it is not certain. In any case, the parties are still divided over the electoral law. M. QUEUILLE, a Radical, wishes to introduce a new electoral law more to the liking of the smaller parties, but he cannot do so immediately without forfeiting the support of the M.R.P., who prefer the present system. He has given notice that, unless general agreement is reached in the meantime, he will introduce legislation in October. Yet, in spite of all his remarkable talent for conciliation, he may find his present team a difficult one to hold together.

T Queuille
Henri

- 3. Juli 1950

The Times London

N° 51733

NEW FRENCH
CABINET

FEW CHANGES

M. QUEUILLE'S GAINS
FROM RIGHT

From Our Own Correspondent

PARIS, JULY 2

M. Henri Queuille presented his Government to President Auriol to-day. The new Ministers are drawn from the various parties of the majority with, as well, the Gaullists. The Socialists decided not to take part, but M. Queuille can now afford to dispense with their support because of the additional votes he has gained on the Right.

The new Gaullist Minister is M. Paul Giacobbi, who will be in charge of the Civil Service and administrative reform. Otherwise, the Government is substantially the same as M. Bidault's. The former Prime Minister becomes Vice-Premier and M. Queuille retains the Ministry of the Interior—like Clemenceau, as he pointed out. One of the more interesting appointments is that of M. Paul Reynaud to the newly created Ministry for the Associated States of Indo-China; he will be responsible for relations with Viet Nam, Cambodia, and Laos. The creation of a new Ministry is always a testing assignment in French politics, and it was felt that only a man of M. Reynaud's experience could undertake it.

The Mouvement Republicain Populaire is strongly represented. M. Schuman returns to the Quai d'Orsay, where he will continue to supervise work on the coal and steel pool. In spite of M. Bidault's strong claim to this post, M. Queuille felt that a change of horses in mid-stream might shake the confidence of the delegates at the six-Power conference. The Ministry of Finance remains in the hands of M. Petsche, a guarantee that the principle of budgetary equilibrium will be upheld.

INTERNATIONAL TENSION

The political crisis, which lasted a week, is therefore over, but the impression of some observers is that the debate on Friday, in which M. Queuille obtained 363 votes against 208, mainly Communist and Gaullist, marks the beginning rather than the end of his trials. The international tension undoubtedly helped the new Prime Minister over the first hurdle, but there are already indications that the political truce for which he has appealed again is almost at an end.

It is difficult to see the Socialists voting for a Government in which the Gaullists are represented. Some members of the left wing of the M.R.P. may also demand policies in social matters which are little removed from those of the Socialists themselves. The M.R.P. through their spokesman, M. de Menthon, showed deep resentment in Friday's debate at the fall of the Bidault Government and seem prepared to sell their support dearly. *Le Monde* has referred to these party bickerings as "electoral blackmail," and there is a strong tendency on the part of deputies to manoeuvre for the best possible position before they go to the country.

The reaction of the public, however, has been unfavourable to the point of contempt, and it might well prove that the deputies had made a gross miscalculation. In any case, M. Queuille will need all the determination of a Clemenceau to impress on his supporters the continued need for a political truce.

THE CABINET

PARIS, July 2.—The full Cabinet is as follows:—

PRIME MINISTER AND MINISTER OF THE INTERIOR.—M. Queuille (Radical).

VICE-PREMIER.—M. Georges Bidault (M.R.P.).

FOREIGN AFFAIRS.—M. Robert Schuman (M.R.P.).

NATIONAL DEFENCE.—M. René Pleven (Near Radical).

FINANCE.—M. Maurice Petsche (Independent).

TREASURY AND BUDGET.—M. Edgar Faure (Radical).

JUSTICE.—M. René Mayer (Radical).

LABOUR.—M. Paul Bacon (M.R.P.).

EDUCATION.—M. André Morice (Radical).

AGRICULTURE.—M. Pierre Pfimlin (M.R.P.).

RECONSTRUCTION.—M. Claudius Petit (near-Radical).

PUBLIC HEALTH.—M. Pierre Schneider (M.R.P.).

POST OFFICE.—M. Charles Brune (Radical).

VETERANS.—M. Louis Jacquinot (Independent).

PUBLIC WORKS.—M. Maurice Bourges-Maunoury (Radical).

COMMERCE AND INDUSTRY.—M. Jean-Marie Louvel (M.R.P.).

OVERSEA TERRITORIES.—M. Paul Coste Floret (M.R.P.).

INFORMATION.—M. Jean Letourneau (M.R.P.).

MINISTER FOR ASSOCIATED STATES AND FAR EAST.—M. Paul Reynaud (Ind.).

MINISTER OF STATE FOR CIVIL SERVANTS.—M. Paul Giacobbi (Radical).

MERCHANT NAVY.—M. Lionel de Tinguy du Pouet (M.R.P.).—*Reuter*.

P. Queuille
Henri

4. Juli 1950

Interpress (Hamburg)

Henri QueuilleNr. 155/1950Der berühmteste Landarzt der Welt

Der ehemalige Ministerpräsident Henri Queuille beendete durch seine Kabinettsbildung die jüngste französische Regierungskrise.

(Interpress) - Zwei Ärzte haben vor Henri Queuille, dem Rosen züchtenden Landdokter aus Neuville d'Ussel, in der Politik Frankreichs eine hervorragende Rolle gespielt: Marat, der blutdürstige Demagoge der Revolutionszeit, den eine Frau im Bade erstach, und der "Tiger" Clemenceau. So scharf profiliert wie die Köpfe dieser Berufskollegen ist das Bauerngesicht des stämmigen Provinzlers allerdings nicht. Im Gegenteil. Queuille besitzt weder Pathos noch rednerische Brillanz noch voranstürmendes Temperament. Als er vor zwei Jahren zum erstenmal das Hotel de Matignon in der Rue Varennes 57 bezog, die Amtswohnung französischer Regierungschefs, glossierte man ihn auf den Boulevards als einen aus der "Anonymität des Durchschnitts" hervorgestiegenen Mann. Inzwischen hat der 66jährige gemässigte Radikalsozialist bewiesen, dass er wohl ein Element der Mitte und Vermittlung, nie aber der Mittelmässigkeit ist. Er wurde nicht zum Prellbock zwischen den Extremen, sondern die Dritte Kraft des Ausgleichs, nicht die Personifizierung eines gewissagten kurzlebigen Kompromisses, sondern über Krisen und Krislein hinweg der langlebigste französische Regierungschef nach 1945. Auch heute, an der Spitze der in der Nachkriegsrepublik bisher stärksten Rechtskoalition, dürfte seine Stellung im konservativen Zentrum der Parteien Charakter und Dauer seines neuen Kabinetts bestimmen.

Am Quai d'Orsay zählte man den Parlamentsroutinier jahrzehntelang zur zweiten Garnitur. In wohl zwei Dutzend Zwischenkriegsregierungen hatte er Ministersessel innegehabt, mit seiner provinziellen Note ein würdiger Vertreter der bürgerlichen Kleinstadtaristokratie, die ihn heute stützt. Die Fachsprache aus seiner ländlichen Arztpraxis, die er schon in jungen Jahren mit dem Bürgermeisteramt seiner Heimatstadt, also mit der Politik, vertauschte, hat er seitdem nicht vergessen. Er stellt auch seine staats-

männischen Diagnosen medizinisch, ein schnurrbärtiger Staatsdokter mit silbermeliertem, dünnen Haar, glücklich verheiratet mit einer charmanten Südfranzösin, die sich seit Jahren vergeblich bemüht, dem unter Asthma leidenden Gatten das Rauchen abzugewöhnen. Ein Sohn ist am Konsulat in Teheran, die Tochter Frau eines berühmten Pariser Anwalts. Wenn es Grossvater Henri die Zeit erlaubt, bastelt er für die Schar lärmender Enkelkinder Spielzeug - oder experimentiert mit Wünschelrute und Pendel, um

wenden!

verborgene Schätze und Krankheitsherde festzustellen. Nicht zuletzt solche menschlichen Schwächen haben den alten Herrn seinen Landsleuten über das Übliche hinaus sympathisch gemacht. Er ist eine der angesehensten Persönlichkeiten der Vierten Republik, nicht nur der berühmteste Landarzt der Welt, sondern einer der bewährtesten Hausärzte Mariannes, dessen Rezepte den Franzosen bekömmlicher erscheinen als die Operationsmesser in den Händen innerpolitischer Chirurgen links und rechts.

Interpress (Hamburg)

4.7.1950

Queuille, Henri, französischer Staatsmann. - Geb. 31.3.1884 in Neuvic d'Ussel, Dep. Corrèze. Nach dem Studium der Medizin in Paris Promotion zum Dr. med. Praxis in Neuvic d'Ussel, Corrèze, wo er zum Bürgermeister gewählt wurde. 1914-37 für das Department Corrèze als radikalsozialistischer Abgeordneter in der Deputiertenkammer, während des ersten Weltkriegs Leutnant in einer Sanitätsabteilung. Unterstaatssekretär für Landwirtschaft in den Kabinetten Millerand (18. Januar-23. September 1920) und Leygues (24. September 1920-12. Januar 1921). 1921-40 Präsident des Generalrates im Department Corrèze. 1925-27 Landwirtschaftsminister. 4. Juni-14. Dezember 1932 Minister für Post, Telegraphie und Fernsprechwesen im Kabinett Herriot. Anschliessend Landwirtschaftsminister in den Kabinetten Paul-Boncour (19. Dezember 1932-28. Januar 1933) im 1. Kabinett Daladier (31. Januar-24. Oktober 1933), Sarraut (28. Oktober-24. November 1933), im 2. Kabinett Chautemps (27. November 1933-27. Januar 1934), im 2. Kabinett Daladier (30. Januar-7. Februar 1934) und Doumergue (10. Februar-8. November 1934). Im folgenden Kabinett Flandin (10. November 1934-1. Juni 1935) Minister für Öffentliche Gesundheit. Seit 22. Juni 1937 Minister für Öffentliche Arbeiten im 3. und 4. Kabinett Chautemps (Rücktritt 10. März 1938). Minister für Landwirtschaft im Kabinett Daladier (10. April 1938-20. März 1940). Am 21. März 1940 zum Versorgungsminister im Kabinett Reynaud ernannt (21. März-17. Juni 1940). Schloss sich nach dem Waffenstillstand 1940 der Widerstandsbewegung an; drei Jahre von der Gestapo gesucht. Flüchtete April 1943 nach London, wo er sich de Gaulle zur Verfügung stellte. Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft durch die Vichy-Regierung. Entwarf September 1943 einen Plan für die Verwaltung befreiter französischer Gebiete. Vizepräsident der am 23. Oktober 1943 in Algier gebildeten provisorischen "Beratenden Versammlung" (Assemblée Consultative). 9. November 1943 als Staatskommissar in das französische Komitee für die nationale Befreiung berufen. Seit 1946 Mitglied der französischen Nationalversammlung (Radikalsozialisten). Vorsitzender der Parlamentsgruppe "Vereinigung der Linksrepublikaner". Stellvertreter der Vorsitzender der Radikalsozialistischen Partei. Staats-

minister im Kabinett Marie 26. Juli-5. September 1948, Minister für öffentliche Arbeiten im Kabinett Schuman 5.-7. September 1948. Ministerpräsident 10. September 1948-5. Oktober 1949, zugleich Finanzminister bis 12. Januar 1949. Stellvertretender Ministerpräsident und Staatsminister im Kabinett Bidault 28. Oktober 1949-24. Juni 1950, seit 7. Februar 1950 auch Innenminister. Ministerpräsident und Innenminister seit 1. Juli 1950. - Verh. mit Frau Marguerite, geb. Gratadour; ein im französ. diplomatischen Dienst tätiger Sohn, eine Tochter, die mit einem Pariser Anwalt verheiratet ist. - Veröffentlichungen: Le Drame agricole, 1932. - Anschrift: Hotel de Matignon, 57 Rue Varennes, Paris.

Interpress (Hamburg)

4.7.1950

Queuille
P. Ferner

4. Juli 1950

Die Welt (Hamburg)

№ 1 5 3

Queuille orientiert sich rechts

Neue Regierung mit Paul Reynaud und Exgaullisten Giacobbi

Von unserem Pariser Büro

F. S. Paris — Die von Henry Queuille am Sonntagabend gebildete französische Regierung ist die zwölfte seit Kriegsende. Von ihren 33 Ministern waren 21 Mitglieder der letzten Regierung. Dennoch kann man dieses Mal nicht behaupten, daß die Regierungsumbildung nur im Ringtausch einiger Ministerposten bestand. Denn die neue Regierung zeigt eine Tendenz nach rechts, wie sie nach dem Kriege noch keine andere aufwies.

Symbolisiert wird diese Rechtsorientierung durch den Eintritt von Paul Reynaud und Giacobbi. Letzterer war lange Zeit Präsident der Gaullistengruppe im Parlament, und viele behaupten, daß er sich erst kürzlich mit General de Gaulle überworfen hatte. Paul Reynaud sitzt auf der äußersten Rechten im Parlament. Er hat vielleicht den wichtigsten Posten inne, den es zur Stunde gibt. Man hat für ihn ein neues Ministerium geschaffen, das für die Politik im Fernen Osten im allgemeinen und die Beziehungen zu den indochinesischen Staaten im besonderen verantwortlich ist. Schuman bleibt Außenminister und sein Plan wird weiterberaten.

Allerdings hat sich die politische Spannung im Lande nur erhöht, und Queuille wird mit seiner Ministermannschaft schwere Stürme zu bestehen haben. Er ist am letzten Sonnabend mit den Stimmen der 99 Sozialisten vom Parlament zum Ministerpräsidenten gewählt worden, hat dann eine Rechtsregierung gebildet und muß nun versuchen, sich mit seiner Politik auf die Rechte zu stützen, um regieren zu können.

Die Sozialisten, die für den Sturz der Regierung verantwortlich waren, werden mit dem Saldo ihrer Operation im Parlament kaum zufrieden sein. Erst stürzten sie am 24. Juni Bidault, weil ihnen die von ihm versprochenen Konzessionen

zu gering erschienen, dann sprachen sie Queuille ihr Vertrauen aus, der in seiner Regierungserklärung ihnen zuliebe lediglich vage erklärte, daß er „an die Beamten denken würde“. Und jetzt, nachdem sie ihm in den Sattel verholten haben, sehen sie sich einer Regierung gegenüber, die sogar Mitglieder der extremen Rechten umfaßt. Vielleicht, und das ist die große Chance für Queuille, sind die Parteien jetzt des Ringens und Kämpfens müde, vielleicht gelingt es ihm am Dienstag im Parlament, die Debatte über seine Regierung bis nach den Parlamentsferien zu vertagen. Wenn der Sturm im Parlament morgen nicht ausbrechen sollte, dann kommt er aber spätestens im Oktober, wenn das Parlament wieder zusammentritt.

P. Queuille
Henri

5. Juli 1956

The Manchester Guardian

No 32359

**M. QUEUILLE
RESIGNS****Assembly Rejection****BIG VOTE AGAINST
HIS GOVERNMENT**

From our own Correspondent

PARIS, JULY 4.

The French National Assembly this evening unseated by 334 votes to 221 the Government presented to it by M. Henri Queuille, who in the small hours of Saturday had been elected Premier by 363 votes to 208. His is the shortest-lived French Government on record.

M. Queuille alone had been found more attractive than M. Queuille in company. The Socialists voted against him on the ground of their dislike of M. Paul Reynaud even in a Ministry remote from social and economic affairs; of M. Giacobbi, even though no orthodox Gaullist had given any indication of wishing to follow the lead of this heretical brother, and of M. Antier of the Peasant group even in a

rather obscure post.

However, even if the Socialists had abstained from voting this afternoon, it is doubtful if the Government would have survived, for the Left-wing of the M.R.P..

As early as Saturday morning, when the Socialist party had voted solidly in favour of M. Queuille as Prime Minister, two members of the M.R.P. had voted against him and twelve had abstained. This afternoon at least a dozen M.R.P. deputies voted against the Cabinet and a score abstained.

M. Queuille filed out of the assembly with his ministers behind him as soon as M. Herriot had read out the results of the vote. He went straight to the Elysee to give his resignation almost exactly 48 hours after he had presented his ministers to the President of the Republic on Sunday night.

It is unlikely that M. Queuille would accept a further invitation to form a Government. When he did form one it was contrary to his own wishes and because of the gravity of the international situation. President Auriol is therefore looking to-night for another candidate to take his place. It is considered likely that he will now invite a Socialist to attempt to secure the necessary minimum of 311 votes in the Assembly and then to try his hand at forming a Government.

Should a Socialist fail, as is quite possible since the party is not in very good odour with other parties, it is possible that President Auriol may turn to M. Schuman, who had wished to devote himself to foreign affairs and not to attempt again to occupy the Prime Minister's office.

6. Juli 1950

The Manchester Guardian

No 32360

In Search of a Majority

The fall of M. Queuille's Government after the briefest of brief lives confirms that the triangle of forces in the French Assembly is quickly becoming a square. What is emerging is a situation where Gaullists and Communists are no longer outnumbered by a centre majority of Republican Third Force parties. For the Third Force has now given birth to an opposition within itself that it can neither control nor ignore. What brought M. Queuille down was the refusal of the Socialists and the Left-wing Popular Republicans, representing non-Communist trade union opinion, to accept a Government more

to the right still than its predecessor, the social and economic policy of which has already caused some dissatisfaction. In the halcyon days of M. Queuille's first Cabinet agreement was obtained by the pretence that disagreement did not exist. With elections near and the Left wing's views less and less taken into account this simple solution and the "immobilism" that went with it are no longer possible. But without at least tacit agreement between the ex-Third Force parties no Government can survive in the Assembly. Thus, though efforts to reunite the "liberal" Right and trade union Left will probably continue during the crisis, the question which will now have to be faced is how the Third Force coalition can be brought to an end without playing into the hands of the "enemies of the Republic."

This is where technical and party considerations come to bear, in a bewilderingly complicated way. The obvious solution—elections—is in the nature of a patent medicine. It would have some good effects but—other things being equal—would be far from a cure. The Right-wing parties in France, from the Gaullists to the Radicals, think, however, that it would be a cure if there were electoral reform. Needless to say, they would stand to gain by it. The Communists and, more important, the Popular Republicans, who would stand to lose disastrously by the favourite method suggested, do not think it would be a cure at all. The effect of elections under the proposed system would, in short, be to give the Right as a whole a substantial majority in the Assembly. Some Left-wingers even, tired of participating in Governments they do not like in order to "preserve the Republic," would not object to this. Unfortunately there is no guarantee that the Gaullists would be prepared to join any Parliamentary coalition whatever. They yesterday rejected M. Queuille in spite of his appointment of several Ministers close to their point of view. And there again a majority would not necessarily emerge. Meanwhile, in to-day's Assembly the problem is to make the Popular Republicans, a vital partner in any coalition, agree to accept reform. They may finally do so. But with themselves divided, the Socialists adamant in their social demands, and everyone in general opposed to everyone else the Government of "National Union" that ends the crisis cannot, barring miracles, hope for much more than to dissolve itself gracefully over a period, and with it the present Parliament.

The Economist (London)

- 8. Juli 1950

N^o 5576

M. Queuille Fails

The hope that the pressure of the international situation would give France a government in record time has unhappily not been fulfilled. The Assembly, it is true, accepted M. Queuille within a week of M. Bidault's departure. But, when the new Prime Minister presented his cabinet to the Assembly, he was defeated by a resounding 334 votes to 221 and immediately resigned what had been an ungrateful task, unwillingly but patriotically undertaken.

The reason for M. Queuille's defeat was his failure to persuade the Socialists to join the coalition, and his consequent attempt to secure the support of other groups in the Assembly by cautiously extending his cabinet towards the right. He called in M. Paul Reynaud to take charge of a new Ministry, set up to deal with French responsibilities in the Far East, and gave the portfolio of Public Administration to M. Paul Giacobbi, a Radical with Gaullist affiliations. The choice of ministers was, perhaps, rather curious. The two issues which chiefly divide and disturb the Socialists are the war in Indo China and the question of Civil Service conditions and salaries. To allot Ministries vitally concerned with both to members of the right wing was bound to upset the Socialists and showed something less than M. Queuille's habitual tact. The Socialists in fact reacted strongly and voted against M. Queuille *en bloc*. They were not, however, alone in their disapprobation. The left wing of the M.R.P. also voted against an arrangement which seemed to them to change the orientation of the Third Force from centre to right of centre.

Since even a tense international situation has not produced unity, the problems which brought down M. Bidault's government will presumably plague all attempts to rebuild the coalition. The Socialists are committed to supporting higher pay for the civil servants, the Radicals to keeping the budgetary deficit within limits. The deadlock on electoral reform is complete. In theory, the Socialists, who have destroyed each cabinet in 1950, should now attempt to form one themselves, but the other parties are probably too exasperated to join them. The most general suggestion is that M. Schuman, with his high international reputation, may be prevailed upon to form a team. In any case, a quick resolution of the cabinet crisis now seems out of the question.